



**Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg**

University of Applied Sciences

**Sehbehinderte und blinde Schülerinnen und Schüler in Baden-
Württemberg –
ein Vergleich im Spannungsfeld zwischen Inklusion und Son-
derpädagogischem Bildungs- und Beratungszentrum**

Bachelorarbeit

Zur Erlangung des Grades eines Bachelor of Laws (LL.B.) im Studiengang
Rentenversicherung – Public Management

vorgelegt von

Mona Hacker
Friedenstraße 3
77654 Offenburg

Studienjahr 2017

Erstgutachter: Frau Prof. Dr. Elke Gangel

Zweitgutachter: Herr Stephan Großmann

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	III
Abbildungsverzeichnis	IV
Verzeichnis der Anlagen.....	V
1 Einleitung und persönliche Motivation.....	1
2 Theoretische Grundlagen	3
2.1 Definitionen	3
2.1.1 Definition des Begriffs „Inklusion“	3
2.1.2 Definition Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum (SBBZ)	6
2.2 Rechtsgrundlagen.....	8
2.2.1 Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK)	8
2.2.2 Änderung des neuen Schulgesetzes zum 01.08.2015	11
2.2.3 Verordnung über Sonderpädagogische Bildungsangebote (SBA-VO)	15
2.3 Blindheit und Sehbehinderung im Schulsystem	21
2.3.1 Sehschädigung.....	21
2.3.2 Blinde und Sehbehinderte in der Schule	24
3 Empirische Erhebungen	30
3.1 Aufbau und Durchführung der Umfrage	30
3.2 Auswertung der schriftlichen und mündlichen Befragung	31
3.2.1 Gründe für den gewählten Beschulungsweg	31
3.2.2 Vor- und Nachteile des gewählten Beschulungsweges	35
3.2.3 Inklusionsschule – Ja oder Nein?	40
3.2.4 Diskussion der Auswertung	43
4 Fazit	46
Literaturverzeichnis	50
Erklärung des Verfassers	56

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Bsp.	Beispiel
BSVSB	Blinden- und Sehbehindertenverein Südbaden
Buchst.	Buchstabe
Bzgl.	Bezüglich
Gem.	Gemäß
ICD	Internationale Klassifikation der Krankheiten
ICF	Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit
i.V.m.	In Verbindung mit
LRS	Lesen-Rechtschreiben-Schwierigkeiten
SBA-VO	Verordnung über Sonderpädagogische Bildungsangebote
SBBZ	Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum
SchG	Schulgesetz
SSA	Staatliches Schulamt
UN-BRK	UN-Behindertenrechtskonvention, Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen
WHO	Weltgesundheitsorganisation
z. T.	zum Teil

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Integration	3
Abbildung 2: Inklusion	4
Abbildung 3: Strukturbild	14
Abbildung 4: Zweistufiges Verfahren.....	16
Abbildung 5: Erstmaliges Feststellungsverfahren.....	18
Abbildung 6: Erfüllung des Anspruchs.....	19
Abbildung 7: Schweregrade von Sehbeeinträchtigungen.....	21
Abbildung 8: Faktorenmodell des funktionalen Sehvermögens.....	23

Verzeichnis der Anlagen

Die Anlagen befinden sich beiliegend auf CD.

- Anlage 1:** BRK - Broschüre Behindertenbeauftragte Bundesregierung
Okt 2014
- Anlage 2:** Aktion Mensch: Was ist Inklusion
- Anlage 3:** Leidmedien – Inklusion – was heißt das
- Anlage 4:** Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-
Württemberg – Konzept und Allgemeines
- Anlage 5:** Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-
Württemberg – SBBZ
- Anlage 6:** UN-Behindertenrechtskonvention - Teilhabe
- Anlage 7:** §15 SchG
- Anlage 8:** Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-
Württemberg – Inklusion
- Anlage 9:** Bundesministerium für Arbeit und Soziales – UN-
Behindertenrechtskonvention Stand Dez 2011
- Anlage 10:** UN-BRK Text und Erläuterung
- Anlage 11:** Die UN-Behindertenrechtskonvention und ihr Fakultativpro-
tokoll
- Anlage 12:** Verordnung des Kultusministeriums über die Feststellung
und Erfüllung des Anspruchs auf ein sonderpädagogisches
Bildungsangebot
(Verordnung über sonderpädagogische Bildungsangebote –
SBA-VO)
- Anlage 13:** Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-
Württemberg – FAQ Inklusion
- Anlage 14:** Gesetzentwurf SchG Baden-Württemberg
- Anlage 15:** Sehschädigung – Definition und Fakten
- Anlage 16:** BSVSB – Definition Blind und Sehbehindert
- Anlage 17:** Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-
Württemberg – Förderschwerpunkt Sehen

- Anlage 18:** Landesbildungsserver Baden-Württemberg – SBBZ Sehen
- Anlage 19:** Kultusministerkonferenz 1998
- Anlage 20:** Bildung stärkt Menschen – SBBZ Sehen
- Anlage 21:** Bildungsplan für Blinde und Sehbehinderte
- Anlage 22:** Bundesministerium für Arbeit und Soziales – Aktionsplan 2.0
Stand Juni 2016
- Anlage 23:** Umfragen

1 Einleitung und persönliche Motivation

„Das Leitbild der Behindertenrechtskonvention ist „Inklusion“. Es geht also nicht darum, dass sich der oder die Einzelne anpassen muss, um teilhaben, „mithalten“ zu können. Es geht darum, dass sich unsere Gesellschaft öffnet.“¹

Verena Bentele, die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, beschreibt im Vorwort der Broschüre „Die UN-Behindertenrechtskonvention Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ in Kürze das Verständnis von Inklusion.

Inklusion ist seit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention ein hoch aktuelles, emotionales und kontrovers diskutiertes Thema in Deutschland, besonders im Bereich der Bildungspolitik.

Grund dafür ist das neue Schulgesetz, das im Sommer 2015 in Kraft getreten ist. Es beinhaltet den Wandel vom bisherigen Beschulungssystem von sonderschulpflichtigen Kindern und Jugendlichen hin zu einem inklusiven Bildungssystem.

Somit würde die Zahl von Kindern mit Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot an Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren sinken.

Auf längerfristige Sicht wird angeregt das Sonderschulsystem² abzuschaffen mit dem Ziel der Inklusion mehr Bedeutung anzuerkennen. Mit meiner schriftlichen Umfrage an zwei Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren mit Förderschwerpunkt Sehen und einem Interview in einem inklusiven Setting an einer allgemeinen Schule möchte ich die Vor- und Nachteile beider Schulsysteme gegenüberstellen.

Die vorliegende Bachelorarbeit soll somit das Spannungsfeld zwischen inklusiver Beschulung und Sonderpädagogischem Bildungs- und Bera-

¹ Vgl. Bentele, S. 3, BRK - Broschüre Behindertenbeauftragte Bundesregierung, Oktober 2014.

² Die Bundesregierung spricht im Allgemeinen von Förderschulsystemen – in Baden-Württemberg sind damit Sonderschulsysteme gemeint. (Förderschulen tragen in unserem Bundesland eine andere Bedeutung).

tungszentrum mit Förderschwerpunkt Sehen in Baden-Württemberg aufzeigen.

Aufgrund meiner eigenen Sehbehinderung habe ich mich hierzu speziell auf blinde- und sehbehinderte Schülerinnen und Schüler fokussiert. Während meiner Kindheit erkrankte ich am sogenannten Pseudotumor Cerebri und wurde somit sehr früh mit Sonderbehandlung, Integration und Inklusion konfrontiert. Durch die Mitbetreuung des Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrums in Waldkirch war es möglich, dass ich mit bestimmten Hilfsmitteln die allgemeine Grund/-, Haupt/- und Realschule besuchen durfte. Ich habe erlebt, dass in unserer Gesellschaft das Thema Inklusion keine Selbstverständlichkeit darstellt und mit vielen Problemen, Schwierigkeiten und Hürden belegt ist. Aufgrund des fehlenden Verständnisses für mein Handicap und der fehlenden Akzeptanz meines schulischen Umfelds, habe ich mich entschieden, das Abitur auf einer Sehbehinderten- und Blindenschule in Marburg zu absolvieren. Diese Schule ist deutschlandweit das einzige Gymnasium mit Förderschwerpunkt Sehen, das bis zum Abitur führt.

Da ich beide Schulsysteme kennenlernen durfte, bereitet es mir umso mehr Freude, mich mit dem Thema politisch und menschlich auseinanderzusetzen.

Diese Bachelorarbeit soll folgende Hypothese überprüfen: Nicht für alle blinden und sehbehinderten Schülerinnen und Schüler ist Inklusion die beste und geeignete Lösung.

Zielführend soll eruiert werden, ob Inklusion in jedem individuellen Fall umsetzbar ist, alle Kinder und Jugendliche mit Sehbeeinträchtigung wirklich „mithalten“ können und möchten, wie Verena Bentele Inklusion definiert, oder ob die Entscheidung für ein Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum eine bessere Option bietet.

2 Theoretische Grundlagen

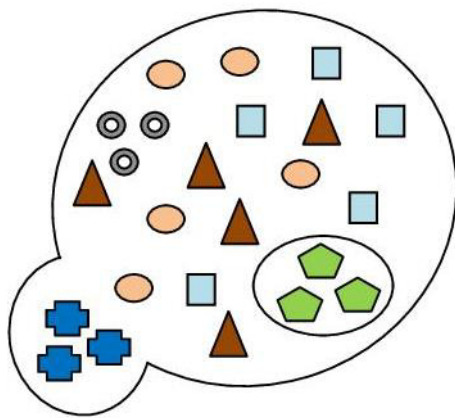
2.1 Definitionen

2.1.1 Definition des Begriffs „Inklusion“

Eingangs ist das Wort „Inklusion“ genauer zu definieren. Im deutschen Sprachgebrauch findet „Integration“ und „Inklusion“ oft synonym Verwendung. Damit man die Begrifflichkeiten nicht verwechselt oder sogar gleichstellt, ist die Abgrenzung deutlich erkenntlich zu machen.

Abbildung 1: Integration

Integration



Quelle: Eigene Darstellung, vgl. Höchst Thomas, Masyk Thomas: Inklusion ist möglich!, S. 8

Das Wort Integration leitet sich vom lateinischen Wort *integer* ab, was auf Deutsch *ganz* oder *vollständig* bedeutet. Daraus folgt das Wort *integratio*, die *Herstellung des Ganzen*.

Bei einer Integration gibt es eine Gruppe von Individuen, die gerne in ein bereits vorhandenes System mit eingeschlossen werden will. Die Gruppe von integrationswilligen Individuen passt sich dem System an, indem diese zusammenhängende Strukturen entwickeln. Man kann sagen, dass das System an sich unbeeinflusst bleibt, doch das Individuum muss Flexibilität zeigen.³ Integration ist somit eine bewusste Maßnahme Teil einer Gruppe

³ Vgl. Klaus Metzger/Erich Weigl, Inklusion – praxisorientiert, S. 10.

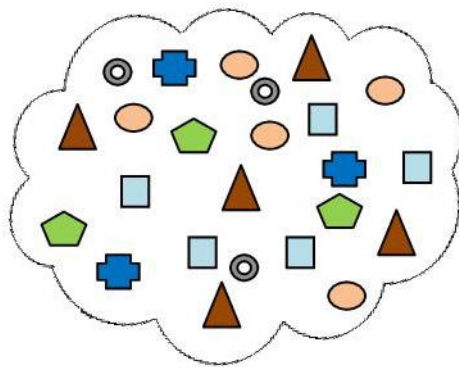
zu werden. Bei einer Integration lebt man gemeinsam, aber nebeneinander. In der Soziologie definiert man Integration als eine „Verbindung einer Vielfalt von einzelnen Personen/Gruppen zu einer gesellschaftlichen und kulturellen Einheit“.⁴

Bei einer Integration geht man von einer „zwei-Gruppen-Theorie“ aus. Es gibt zwei Gruppen, „von denen die eine in die andere integriert werden soll.“ Die Bildung einer heterogenen Gruppe ist das Ziel. Dabei sollen alle Beteiligten ein gegenseitiges aufeinander zugehen anstreben, sodass Integration gelingt.⁵

Das, was allerdings unter Integration verstanden wird, gerät zunehmend mit dem Begriff der Inklusion außer Mode.⁶

Abbildung 2: Inklusion

Inklusion



Quelle: Eigene Darstellung, vgl. Höchst Thomas, Masyk Thomas: Inklusion ist möglich!, S. 8

Inklusion – *inclusio* oder *includere* – ist ebenfalls Lateinisch und heißt übersetzt *einschließen, beinhalten*.⁷

Die Inklusion beschreibt eine Zusammensetzung aller Elemente in einem System und einer Veränderung der Struktur, weil sich gegebenenfalls die

⁴ Vgl. Duden, Integration.

⁵ Vgl. Textor, Annette, Einführung in die Inklusionspädagogik, S. 29.

⁶ Vgl. Kobi, Emil, Was bedeutet Integration? Analyse eines Begriffs, S. 71 – 79.

⁷ Vgl. Klaus Metzger/Erich Weigl, Inklusion – praxisorientiert, S. 9-10.

Zusammenstellung verändert.⁸ In einer Inklusion lebt man gemeinsam und die Struktur passt sich den individuellen Bedürfnissen an. Die allgemeinen Schulen sollen Barrieren frei räumen und sich an Kinder mit Behinderungen anpassen, um auf deren Bedürfnisse eingehen zu können. Inklusion ist deshalb „das Miteinbezogensein und die gleichberechtigte Teilhabe an etwas“.⁹ Aktion Mensch definiert Inklusion wahrheitsgetreu und simpel. Demnach ist Inklusion, wenn die Unterschiedlichkeit zum Ziel führt, man miteinander und nicht nebeneinander lebt, Ausnahmen zur Regel werden und wenn anders sein normal ist.¹⁰ Diese Interpretation von Inklusion zeigt sich vor allem in Schulen, da jedes Kind ob mit oder ohne Behinderung ein Individuum ist, das Akzeptanz verdient. Inklusion heißt, dass alle Schülerinnen und Schüler selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben und am Schulalltag teilnehmen. Die Umwelt ist von vornherein so ausgestattet, dass alle Menschen, ob groß, oder klein, mit oder ohne Behinderung gleichberechtigt leben können. Es soll keine Relevanz mehr haben, wie unterschiedlich Menschen sind, ob mit oder ohne Behinderung. Das bedeutet vor allem im Schulwesen, dass Kinder mit Behinderung sich nicht mehr selbst integrieren und anpassen müssen.¹¹

Demnach meint Inklusion die Umsetzung einer „ein-Gruppen-Theorie“. Ein System ist dann inklusiv, wenn nur eine Gruppe in sich heterogen ist.¹²

Einige Akteure haben unterschiedliche Auffassungen von Inklusion:

- „Inklusion – ich finde das gut, dass man mit dem Begriff mehr als nur behinderte Kinder meint!“ (Sozialpädagogin im Integrationsbereich, Coburg)
- „Inklusion bringt nichts als ein Wegkürzen von Leistungen, die wir uns jahrelang mühsam mit Integration aufgebaut haben!“ (Erzieherin, Bremen)

⁸ Vgl. Klaus Metzger/Erich Weigl, Inklusion – praxisorientiert, S. 11.

⁹ Duden, Inklusion.

¹⁰ Vgl. Aktion Mensch, Inklusion.

¹¹ Vgl. Leidmedien, Inklusion – was heißt das.

¹² Vgl. Textor, Annette, Einführung in die Inklusionspädagogik, S. 29.

- „Inklusion ist nichts anderes als weiter darüber zu schweigen, wo in Bildungseinrichtungen Exklusion betrieben wird.“ (Bildungsforscherin, England)¹³

Das Verständnis von Inklusion wirkt auf jeden Einzelnen in unserer Gesellschaft anders. Dies zeigt, dass der neu und fremd erscheinende Begriff verschiedene Semantiken aufwirft und oft als inhaltlich unkonkreten Modebegriff benutzt wird.¹⁴

In älteren Lexika sowie Duden ist das Wort Inklusion nicht einmal zu finden, woraus man schließen kann, dass es früher noch keine Berührungspunkte gab und auch kein Politikum war. Somit ist festzuhalten, dass Inklusion durchaus eine neue Bewegung in unserer Gesellschaft beschreibt. An dieser Bewegung sind aufgrund der neuen Schulgesetze vor allem allgemeine Schulen, deren Lehrkräfte sowie alle Schülerinnen und Schüler aufgefordert sich zu beteiligen.

2.1.2 Definition Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum (SBBZ)

Mit dem neuen Schulgesetz zum 01.08.2015 geht die Entstehung des Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrums einher. Der Fokus des neuen Schulgesetzes liegt in der Abschaffung der Pflicht zum Besuch einer Sonderschule bzw. die Einführung des Elternwahlrechts. Es besteht nun die Möglichkeit der Eltern zu entscheiden, ob ihr Kind mit einem Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot eine allgemeine Schule oder ein SBBZ besuchen soll.

Das SBBZ ist eine Weiterentwicklung der sogenannten Sonderschulen. Sie bieten Schülerinnen und Schüler mit individuellen Förderbedarfen ein auf sie entsprechendes sonderpädagogisches Bildungsangebot. Neben ihren eigenen Bildungsangeboten, ist ein SBBZ auch an allgemeinen Schulen für Beratung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen

¹³ Vgl. Sulzer, Annika, Inklusion als Werterahmen für Bildungsgerechtigkeit, S. 13.

¹⁴ Vgl. Hinz, Andreas, Inklusive Pädagogik in der Schule, S. 171.

mit Behinderung zuständig, um bei der Umsetzung der Inklusion zu helfen (Sonderpädagogischer Dienst).¹⁵

Die Sonderpädagogik zeichnet aus, dass Schülerinnen und Schüler mit Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot die Möglichkeit haben, fachliche und überfachliche Kompetenzen weiterzuentwickeln. Mit spezifischen sonderpädagogischen Fachkonzepten und entsprechend qualifiziertem Fachpersonal werden Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichsten Behinderungen unterrichtet. Dabei wird durch Bildung jeder Einzelne für sich ein höheres Maß an Aktivität und Teilhabe erreichen.¹⁶

Alle Schulen haben die Aufgabe auch Schülerinnen und Schüler mit einem Anspruch auf ein sonderpädagogisches Beratungs-, Unterstützungs- und Bildungsangebot zu erziehen, zu unterrichten und entsprechend auszubilden. Die Schwerpunkte sonderpädagogischer Beratung, Unterstützung und Bildung unterscheiden sich in den jeweiligen Förderschwerpunkten Lernen, geistige Entwicklung, Hören, körperliche und motorische Entwicklung, Sehen, Sprache, emotionale und soziale Entwicklung sowie Schüler in längerer Krankenhausbehandlung.

Die Arbeit von sonderpädagogischen Lehrkräften in den inklusiven Bildungsangeboten an allgemeinen Schulen orientiert sich an eigenen Bildungsplänen und an den Vorgaben der Bildungspläne der jeweiligen allgemeinen Schule. Ziel ist es, diese Kinder und Jugendliche zu den allgemeinen Bildungszielen zu führen, sofern kein Anspruch auf eigene Bildungsziele besteht. Eigene Bildungsziele mit eigenständigen Schulabschlüssen bieten z. B. die SBBZ mit Förderschwerpunkt Lernen und geistige Entwicklung an. Wichtig ist auch, dass Schülerinnen und Schüler mit diesem Unterstützungsangebot eine ideale berufliche Integration erreichen.

Es gibt zahlreiche Kooperationen zwischen SBBZ und allgemeinen Schulen wie z. B. inklusive Bildungsangebote, gemeinsamer Unterricht an all-

¹⁵ Vgl. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg – Inklusion.

¹⁶ Vgl. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg – Konzept Sonderpädagogische Bildung.

gemeinen Schulen, Begegnungsmaßnahmen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderung und Maßnahmen durch Lehrkräfte des sonderpädagogischen Dienstes.¹⁷

2.2 Rechtsgrundlagen

2.2.1 Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK)

Eine Konvention stellt keine gesetzliche Grundlage dar, sondern ist eine Übereinkunft, ein Abkommen oder ein Vertrag.¹⁸ Die Behindertenrechtskonvention ist ein Völkerrechtsvertrag der Vereinten Nationen. Die unterzeichneten Vertragsstaaten verpflichten sich zur schrittweisen Realisierung der dort genannten Bestimmungen im nationalen Recht. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete die Behindertenrechtskonvention im Dezember 2006. Das Übereinkommen trat 2008 in Kraft und ist in Deutschland seit 2009 – neben 167¹⁹ anderen Staaten – geltendes Recht auf Bundesebene. Die Konvention und ihre Umsetzung tragen das Ziel mit sich, die Menschen mit Behinderung zu fördern, eine Chancengleichheit zu schaffen und die Diskriminierung in der Gesellschaft zu verhindern.²⁰ Gem. Artikel 1 UN-BRK ist „Zweck dieses Übereinkommens, den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten.“²¹ Laut der Behindertenrechtskonvention soll das Leben aller Menschen mit und ohne Behinderung zur Normalität werden. Alle Menschen sollen sich an einer uneingeschränkten Teilhabe an allen Aktivitäten erfreuen können.²² Die Intention der UN-BRK ist es, Menschen mit Behinderungen ein Leben zu ermöglichen, das sich überwiegend in der allgemeinen Lebenswelt abspielt. Das Leben von diesen

¹⁷ Vgl. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg – SBBZ i.V.m. §15 Abs. 1 und 2 SchG.

¹⁸ Vgl. Lexikon, Konvention.

¹⁹ Aktueller Stand April 2017.

²⁰ Vgl. Timm Albers, Mittendrin statt nur dabei, S. 26, 27.

²¹ Vgl. Artikel 1 der UN-Behindertenrechtskonvention.

²² Vgl. UN-Behindertenrechtskonvention, Teilhabe.

Menschen soll nicht in Sondersystemen stattfinden. Das bedeutet, dass Menschen mit und ohne Behinderung entweder an gemeinsamen Aktivitäten teilnehmen, oder, dass nur Menschen mit Behinderung durch ihre Beteiligung unter ihres Gleichen in gemeinsame Sozialräume hineinwirken.²³

Aufgebaut ist die Konvention neben der Präambel als Einstieg mit insgesamt 50 Artikeln. Die Präambel stellt kein verbindliches Recht dar, aber sie enthält diverse philosophische Einstellungen zur Konvention. Die Konvention betrachtet nicht nur die Förderung und das Wohl von Menschen mit Behinderung, sondern entwirft auch Vorstellungen in Bezug auf die gesamte Gesellschaft.

Der allgemeine Teil (Artikel 1 – 9) befasst sich mit Zweck, Ziel, Definitionen und Grundsätzen der Konvention. Gem. Artikel 1 Abs. 2 i.V.m. Präambel e) UN-BRK wird das Verständnis von Behinderung definiert. Danach besteht eine Behinderung, „wenn Menschen eine längerfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigung haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können.“²⁴ In Anlehnung an dieses Verständnis von „Behinderung“ knüpft die Definition an das Sozialgesetzbuch (SGB) gem. §2 Abs. 1 SGB IX. Von großer Bedeutung ist auch das Diskriminierungsverbot gem. Artikel 2 UN-BRK, das ausdrücklich die bürgerlichen, kulturellen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen sowie alle sonstigen Lebensbereiche beinhaltet.²⁵

Der Besondere Teil (Artikel 10 – 30) besteht aus der Aufzählung der einzelnen Menschenrechte wie z. B. Freizeit und Sport, Wohnen, Arbeit/Beschäftigung und Bildung.²⁶

Die Menschenrechte und das Diskriminierungsverbot sind miteinander verknüpft. Die Konvention arbeitet die Verflechtung dieser beiden Bereiche zum Schutz von Menschen mit Behinderungen weiter aus.²⁷

²³ Vgl. Klaudia Erhardt/Katrin Grüber, Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung am Leben in der Kommune, S. 39.

²⁴ Vgl. UN-BRK – Text und Erläuterungen S. 12.

²⁵ Vgl. Aichele, Valentin, Die UN-BRK und ihr Fakultativprotokoll S. 5.

²⁶ Vgl. UN-BRK – Text und Erläuterung S. 14.

Die Übersetzung der UN-BRK brachte einige Diskussionen mit sich, besonders im Hinblick auf das Schulsystem. Im Artikel 24 der UN-BRK spricht man in der englischen Originalfassung von einer ‚inclusive education‘. Dieser Begriff geht deutlich über den in der deutschsprachigen Fassung verwendeten Ausdruck ‚Integratives Bildungssystem‘ hinaus. Somit muss ein völkerrechtliches Verständnis von Inklusion vorausgesetzt werden, dass sich auf allen Ebenen der Gesellschaft die reale Vielfalt menschlicher Lebenslagen widerspiegelt.²⁸

Bei der Gewährleistung eines inklusiven Bildungssystems ist sicherzustellen, dass Menschen aufgrund einer Behinderung nicht vom allgemeinen Bildungsangebot ausgeschlossen werden. Es soll trotz einer Behinderung möglich sein, eine allgemeine Grund- oder weiterführende Schule zu besuchen. Damit ist ebenso der Zugang zur allgemeinen Hochschul-, Berufs- und Erwachsenenbildung gemeint. Das gemeinsame Lernen von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung wird als Bereicherung gesehen, als Zugang zu einem inklusiven Unterricht, indem sie entsprechend ihrer Fähigkeiten lernen können. Um trotz Handicap den Anforderungen des allgemeinen Bildungssystems gerecht zu werden, sind Maßnahmen notwendig, um erfolgreiche Bildung zu gewähren. Hilfreich sind hierfür lebenspraktische Fertigkeiten und soziale Kompetenzen. Dies wird speziell für blinde und sehbehinderte Kinder und Jugendliche gem. Artikel 24 Abs. 3 Buchst. a und c ermöglicht. Die Vorschrift sieht das Erlernen von Brailleschrift zur Kommunikationsfähigkeit und den Erwerb von Orientierungs- und Mobilitätsfertigkeit vor.²⁹

Für die Umsetzung der Konvention hat die Bundesregierung 2016 einen neuen Aktionsplan 2.0 erstellt. In Anlehnung an die UN-BRK regt die Bundesregierung in Bezug auf das Schulsystem zum Abbau von Sonder-

²⁷ Vgl. Aichele, Valentin, Die UN-BRK und ihr Fakultativprotokoll S. 5.

²⁸ Vgl. Timm Albers, Mittendrin statt nur dabei, S. 28.

²⁹ Vgl. Artikel 24 der UN-BRK.

schulsystemen³⁰ an, um Inklusion für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen zu ermöglichen.³¹

2.2.2 Änderung des neuen Schulgesetzes zum 01.08.2015

Zur weiteren sukzessiven Verwirklichung der Ziele der UN-BRK wurde das baden-württembergische Schulgesetz geändert. Laut der UN-BRK entspricht es dem Wohl aller Kinder und Jugendlichen gemeinsam zu lernen und aufzuwachsen. Es muss sichergestellt sein, dass für alle Kinder ein Höchstmaß an Aktivität und Teilhabe sowie Selbständigkeit erreicht wird.

Das neue Schulgesetz enthält fünf zentrale Kernpunkte:

1. Inklusion als pädagogische Aufgabe aller Schulen und Schularten
2. Stärkung des Wahlrechts für Eltern bzgl. schulischem Lernort
3. Weiterentwicklung der Sonderschulen zu Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren
4. Aufnahme eines zieldifferenten Unterrichts
5. Stärkung der Steuerungsfunktion der Schulverwaltung

Alle Schulen und Schularten haben die Aufgabe einen gemeinsamen Unterricht für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung zu gestalten. Grundsätzlich sind inklusive Bildungsangebote, insbesondere im zieldifferenten Unterricht, gruppenbezogen zu planen. Das heißt mehrere Kinder mit Einschränkungen sollen in Inklusionsklassen aufgenommen werden. Denn Erfahrungen zeigen, dass inklusive Bildungsangebote, insbesondere im zieldifferenten Unterricht, am besten über gruppenbezogene Angebote gelingen können. Dies ist zum einen ressourcenschonender und zum anderen zeigt die Erfahrung, dass die Bedürfnisse von Schülergruppen mehr Interesse und Berücksichtigung im Unterrichtsalltag finden, als

³⁰ Die Bundesregierung spricht im Allgemeinen von Förderschulsystemen – in Baden-Württemberg sind damit Sonderschulsysteme gemeint. (Förderschulen tragen in unserem Bundesland eine andere Bedeutung).

³¹ Vgl. Aktionsplan der Bundesregierung 2016 2.0, S. 55.

die Anliegen einzelner Schülerinnen und Schüler. Der zieldifferente Unterricht für die Gruppeninklusion gilt für alle Schularten, außer für die gymnasiale Oberstufe sowie berufliche Schulen. Allgemeine Schulen bekommen bedarfsbezogen sonderpädagogische Unterstützung durch die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren. Auch wenn das Bildungsziel der allgemeinen Schule nicht erreicht werden kann, ist ein zieldifferenter Unterricht möglich.

Um an einer allgemeinen Schule aufgenommen zu werden, müssen die personellen und räumlichen Ressourcen vorhanden sein, welche das Staatliche Schulamt prüft. An welchem Lernort der Anspruch stattfinden wird, entscheiden die Eltern nach einer qualifizierten Beratung am Schulamt. Das Wahlrecht der Eltern bezieht sich nicht auf eine bestimmte Schule, sondern nur auf die Entscheidung ob ihr Kind an einer allgemeinen Schule oder einem SBBZ unterrichtet werden soll. Bei der Anmeldung an einer allgemeinen Schule sind Eltern verpflichtet den festgestellten Anspruch der Schule mitzuteilen.

Auf dem Hintergrund der UN-BRK wird die Sonderschulpflicht aufgehoben, da eine inklusive Gestaltung gefordert wird. Somit wird die Schulpflicht aller Kinder und Jugendlichen vereinheitlicht. Die Schulpflicht wird auch an einem SBBZ erfüllt.

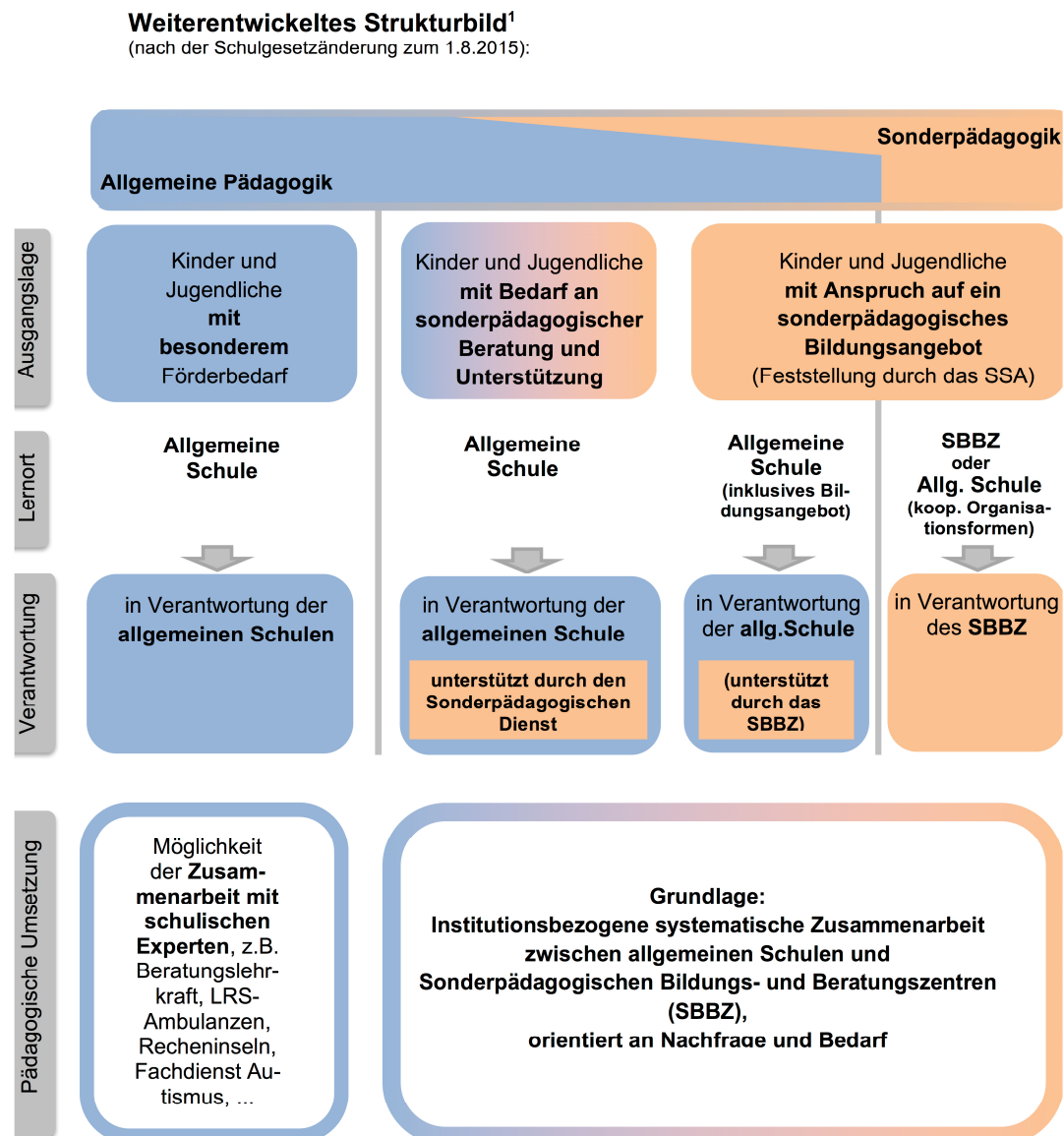
Sonderschulen entwickeln sich weiter zu Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren. Der Auftrag der Weiterentwicklung umfasst z. B. den Ausbau der Beratungs- und Unterstützungsleistungen, die Unterstützung an allgemeinen Schulen bei der Einrichtung bzw. Gestaltung inklusiver Bildungsangebote, die Beteiligung an der Entwicklung regionaler Angebotsstrukturen und kooperative Bildungsangebote.

Die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren werden in Schultypen mit den jeweiligen Förderschwerpunkten zusammengefasst. Im neuen Schulgesetz spricht man nicht mehr von Schulen für „Blinde“ und „Sehbehinderte“, sondern von Schulen mit dem Förderschwerpunkt „Sehen“. Diese Bündelung erfordert eine Anpassung in der Lehrerbildung „Sonderpädagogik“. Durch das Staatliche Schulamt werden die Prozesse in inklusiven Bildungsangeboten gesteuert. Das Staatliche Schulamt ist verantwortlich für die Schülerlenkung sowie die Einteilung und Einstellung notweniger Lehrkräfte. Die Bildungswegekonferenz ist ein Steuerungsinstrument der Schulverwaltung, womit Möglichkeiten der Beschulung erörtert werden, wonach das Staatliche Schulamt dann ein Vorschlag unterbreitet.³²

³² Vgl. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg – FAQ Inklusion i.V.m. Gesetzentwurf SchG Baden-Württemberg.

Diese Abbildung zeigt die Strukturen der Allgemeinen- und Sonderpädagogik. Zudem veranschaulicht sie eine deutliche Verflechtung der beiden pädagogischen Angebote.

Abbildung 3: Strukturbild



¹ Staatliches Schulamt Offenburg in Abstimmung mit dem Kultusministerium, Referat 36

Quelle: Staatliches Schulamt Offenburg/Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Die eine Seite verdeutlicht die Struktur der Allgemeinen Pädagogik. Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf z. B. mit Autismus o-

der Lese-Rechtschreib-Schwierigkeiten (LRS) lernen an einem allgemeinen Lernort in Verantwortung der allgemeinen Schule. Die pädagogische Umsetzung zeigt sich hier durch Zusammenarbeit mit Schulexperten wie z. B. mit Beratungslehrkräften, LRS-Ambulanzen, etc.

Die Gegenseite visualisiert die Sonderpädagogik für Kinder und Jugendliche mit Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot. Hier lernen Schülerinnen und Schüler an einem SBBZ. Die pädagogische Verflechtung beginnt nun, wenn die Erziehungsberechtigten allerdings nicht ein SBBZ als Lernort, sondern ein inklusives Bildungsangebot wählen. So werden die Kinder und Jugendlichen in Verantwortung der allgemeinen Schule unterrichtet und unterstützt durch das SBBZ. Besteht für Schülerinnen und Schüler kein sonderpädagogisches Bildungsangebot und reicht sonderpädagogische Beratung und Unterstützung aus, so werden sie an der allgemeinen Schule durch den Sonderpädagogischen Dienst unterstützt. Hier zeigt sich die pädagogische Umsetzung durch Zusammenarbeit zwischen allgemeinen Schulen und Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren – orientiert an Nachfrage und Bedarf.³³

2.2.3 Verordnung über Sonderpädagogische Bildungsangebote (SBA-VO)

Die SBA-VO beinhaltet die Änderung des Schulgesetzes zum 01.08.2015 und ist eine untergesetzliche Regelung. Sie schildert Richtlinien und Anhaltspunkte für die Prozessgestaltung an den Staatlichen Schulämtern sowie der Umsetzung von inklusiven Bildungsangeboten.

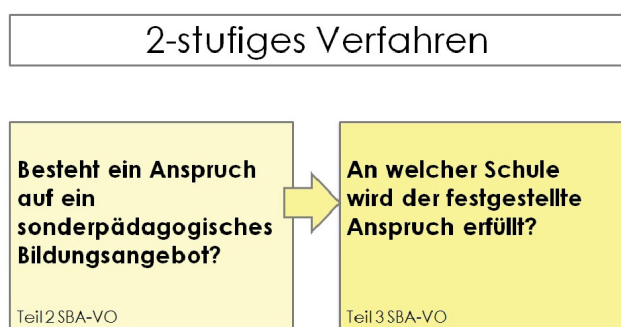
Ziel ist es, ein qualitativ vergleichbares inklusives Bildungsangebot an allgemeinen Schulen zu entwickeln, wie sie bereits an SBBZ vorhanden sind. Die SBA-VO ist in sechs Teilen gesplittet.

Teil 1 (§1 – §3 SBA-VO) beschreibt die allgemeinen Bestimmungen und das inklusive Bildungsangebot, welches an einem SBBZ oder an einer

³³ Vgl. Strukturbild, Staatliches Schulamt Offenburg/Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

allgemeinen Schule erfüllt werden kann. Die zuständige Schulaufsichtsbehörde ist das Staatliche Schulamt für alle Schularten. Den Erziehungsberechtigten ist es möglich die ihr Kind betreffenden Unterlagen bei der Schulaufsichtsbehörde einzusehen.

Abbildung 4: Zweistufiges Verfahren



Quelle: Staatliches Schulamt Offenburg/Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Die Abbildung zum zweistufigen Verfahren verbindet Teil 2 und 3 der SBA-VO, welches nachfolgend genauer erläutert wird.

Teil 2 (§4 – 10 SBA-VO) beinhaltet die Feststellung des Anspruchs auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot. Haben Eltern die Vermutung, dass ihr Kind ein Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot hat, kann eine Prüfung eingeleitet werden.

Die Erziehungsberechtigten stellen über die besuchte allgemeine Schule einen Antrag bei der Schulaufsichtsbehörde. Hierfür erstellt die allgemeine Schule einen pädagogischen Bericht. Stellen Erziehungsberechtigte keinen Antrag, ist dies auch von der allgemeinen Schule möglich, sofern hier konkrete Hinweise vorliegen.

Mit dem Antrag nach §4 oder §5 SBA-VO beginnt die Einleitung des Verfahrens. Hierfür wird eine Lehrkraft für Sonderpädagogik von der Schulaufsichtsbehörde beauftragt, um eine sonderpädagogische Diagnostik zu erstellen. Diese Diagnostik besteht aus pädagogisch-psychischer Prüfung sowie Schulleistungsprüfung und Intelligenztests. Hierbei haben die Erziehungsberechtigten eine Mitwirkungspflicht. Das Ergebnis soll in einem

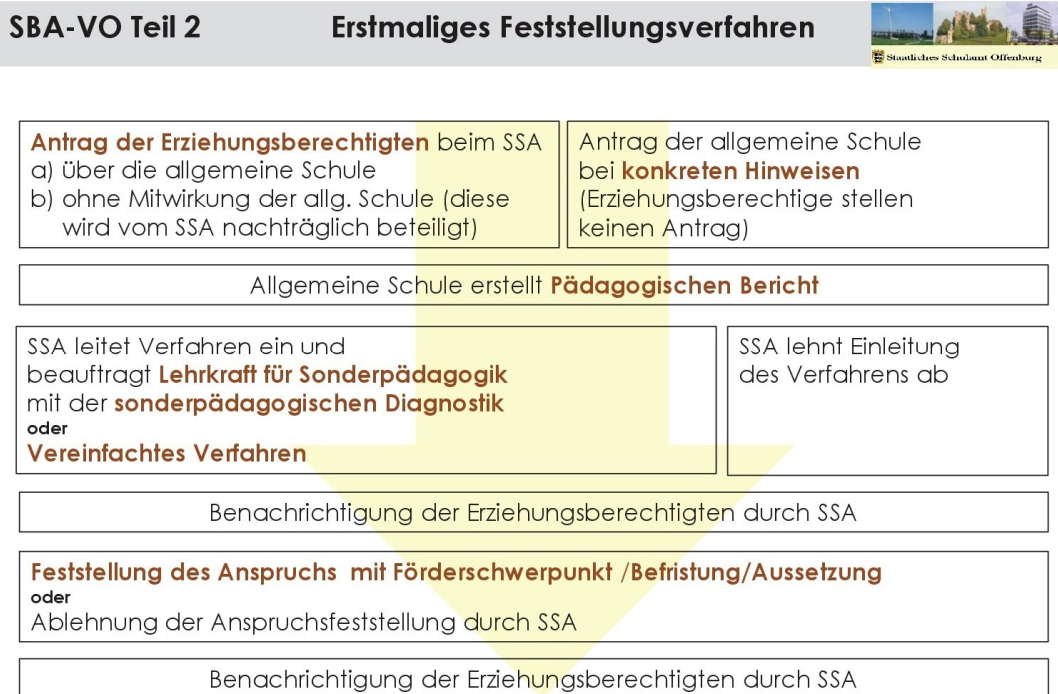
sonderpädagogischen Gutachten Aussage darüber treffen, welche Vorkehrungen notwendig sind, um dem Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot, insbesondere an allgemeinen Schulen, gerecht zu werden. Wird die Anspruchsfeststellung abgelehnt, sind die Eltern darüber zu unterrichten. Bei Erfüllung des festgestellten Anspruchs stellt die Schulaufsichtsbehörde auf Grundlage der Diagnostikergebnisse den Anspruch auf einen Förderschwerpunkt nach §15 Abs. 1 Satz 4 SchG fest.

Es ist zu entscheiden, ob der Anspruch auf eine Fördermaßnahme eine Internatsunterbringung nach §15 Abs. 3 SchG erfordert. Ist dies der Fall, so bezieht die Schulaufsichtsbehörde die zuständigen Träger der Sozialhilfe oder der Jugendhilfe frühzeitig in das Verfahren ein, um die Feststellung mit einer Kostenübernahme gewährleisten zu können. Kostenträger sind zuständig, um Hilfsmittel und Assistenzleistungen an allgemeinen Schulen oder Internatsunterbringung in einem SBBZ zu finanzieren.

Die Dauer eines sonderpädagogischen Bildungsangebots kann die Schulaufsichtsbehörde befristen. Außerdem kann die Erfüllung des festgestellten Anspruchs für einen konkreten Zeitraum ausgesetzt werden, sofern dies zumutbar ist. Das wiederholte Feststellungsverfahren beinhaltet die Überprüfung und die Aufhebung. Der Anspruch ist aufzuheben, wenn ein sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum nicht mehr nötig ist. Das bedeutet, dass durch sonderpädagogische Beratung und Unterstützung die Bildungsziele der allgemeinen Schule erreicht werden können. Ist ein Anspruch befristet, so muss für das Schuljahr, in dem die Frist abläuft, ein neuer pädagogischer Bericht von der allgemeinen Schule erstellt werden.

Die nachfolgende Grafik verdeutlicht das Feststellungsverfahren in Kürze.

Abbildung 5: Erstmaliges Feststellungsverfahren



Quelle: Staatliches Schulamt Offenburg

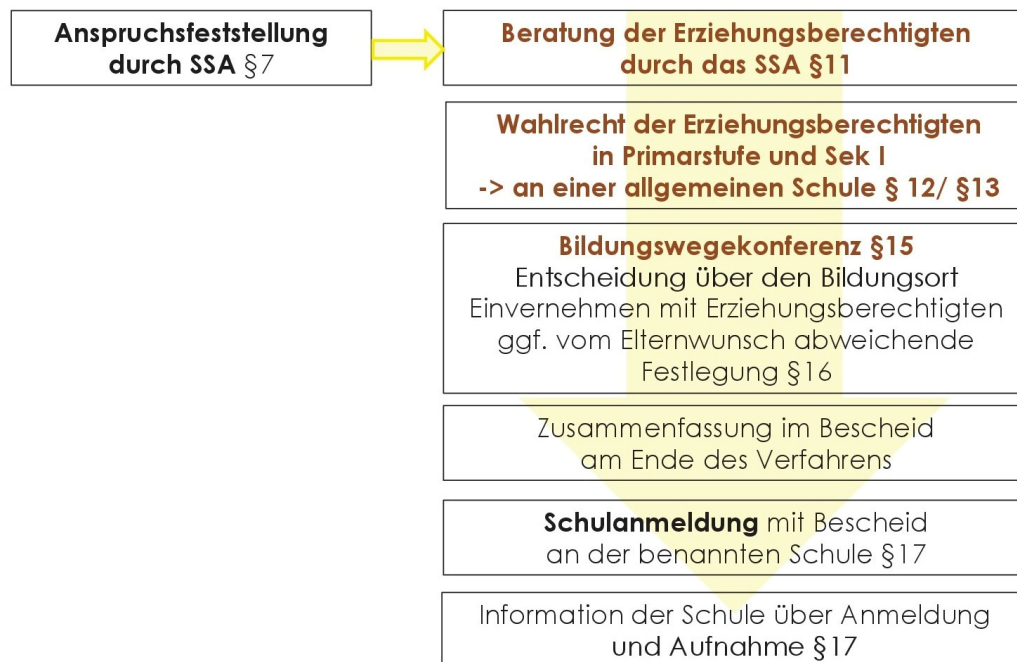
Teil 3 (§11 – 19 SBA-VO) enthält Erläuterungen zur Erfüllung des Anspruchs auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot. Erziehungsberechtigte eines Kindes mit festgestelltem Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot haben nach einer umfassenden Beratung auf dem Staatlichen Schulamt ein Wahlrecht darüber zu entscheiden, ob ihr Kind in einem SBBZ, oder in einem inklusiven Bildungsangebot an einer allgemeinen Schule beschult werden soll.

Fällt die Entscheidung auf ein SBBZ, so gibt die Schulaufsichtsbehörde Auskunft darüber, an welchem Bildungsort der individuelle Förderanspruch des Kindes erfüllt werden kann. Wird ein inklusives Bildungsangebot an einer allgemeinen Schule gewünscht, so wird eine Bildungswegekonzferenz vom Staatlichen Schulamt durchgeführt. Dabei werden den Eltern bestehende und herstellbare inklusive allgemeine Bildungsorte vorgestellt und eine bestimmte Schule vorgeschlagen. Auch Angebote von privaten allgemeinen Schulen sind hierbei mit einzubeziehen. Inklusive Bil-

dungsangebote bei zieldifferentem Unterricht sind grundsätzlich gruppenbezogen. Die grafische Darstellung zeigt den schematischen Ablauf bei einem Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot.

Abbildung 6: Erfüllung des Anspruchs

SBA-VO Teil 3 Erfüllung des Anspruchs



Quelle: Staatliches Schulamt Offenburg

Ziel ist es, mit dem Schulamt sich auf den künftigen Bildungsort des Kindes zu einigen. Um ein inklusives Bildungsangebot an Gymnasien zu erhalten, muss eine Zusammenwirkung mit dem Regierungspräsidium erfolgen. Beteiligt sind hieran die Kinder, deren Eltern, die Schulaufsichtsbehörde und die Kostenträger.

Teil 4 (§20 – 22 SBA-VO) bezieht sich mit seinem Inhalt auf berufliche Schulen, Berufsausbildung oder eine Berufsvorbereitung. Um die bestmögliche berufliche Integration zu erreichen, werden von der Schulaufsichtsbehörde die individuellen Perspektiven und Wünsche der Schülerinnen und Schüler berücksichtigt. Die Berufswegekonferenz wird rechtzeitig in dem Schuljahr vor dem Übergang auf eine berufliche Orientierung

durchgeführt. Daran beteiligt sind die Schülerinnen und Schüler selbst, die Erziehungsberechtigten, die betroffenen Schulen sowie die Kostenträger. Einzelheiten der Berufswegekonzferenz sind ebenso mit dem Regierungspräsidium abzustimmen. Die Schulaufsichtsbehörde stellt das Fortbestehen eines Anspruchs nach dem Übergang auf eine berufliche Schule/Berufsvorbereitung fest. Eine erstmalige Feststellung kann aber auch erst während einer beruflichen Orientierung erfolgen, sodass die Bestimmungen des zweiten Teils gelten.

Teil 5 (§23 – §27 SBA-VO) befasst sich mit Erziehung und Bildung in inklusiven Bildungsangeboten. Die Bildungsziele in inklusiven Settings orientieren sich am Bildungsplan der allgemeinen Schule sowie am Bildungsplan des entsprechenden Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrums. Schülerinnen und Schüler in einer inklusiven Grundschule können am Aufnahmeverfahren für aufbauende Schularten teilnehmen. Erhalten Schülerinnen und Schüler einen ziendifferenten Unterricht, so wird ihre Leistungsbewertung entsprechend den individuellen Lern-, Entwicklungs- und Bildungszielen festgelegt.

Ein Aufstieg in die nächsthöhere Klasse ist nur dann möglich, wenn eine Weiterentwicklung der individuellen Entwicklungs- und Bildungsziele zu erwarten ist. Im Zeugnis der allgemeinen Schule ist der Bildungsplan, nach dem ziendifferent unterrichtet wurde, festzuhalten.

Teil 6 enthält die Übergangsvorschrift und bestimmt das Inkrafttreten ab 01.04.2016.³⁴

³⁴ Vgl. Verordnung des Kultusministeriums über die Feststellung und Erfüllung des Anspruchs auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot i.V.m. Kultusministerium FAQ Inklusion.

2.3 Blindheit und Sehbehinderung im Schulsystem

2.3.1 Sehschädigung

Unter den Begriff der Sehschädigung fallen sehbehinderte sowie blinde Menschen.³⁵ Man spricht von einer Sehschädigung bzw. Sehbehinderung, wenn die visuelle Wahrnehmung dauerhaft eingeschränkt ist und eventuell auch das Gesichtsfeld reduziert ist. Die Beeinträchtigung ist in Schweregrade einzuordnen, die sich an der verbleibenden Sehschärfe, also am Sehrest des besseren Auges orientieren. Hierzu benötigt man den medizinischen Fachbegriff für die Sehstärke, der sich Visus nennt. Er wird gewöhnlich in Dezimalzahlen ausgedrückt.³⁶

Folgende Grafik zeigt die Einteilung in verschiedene Schweregrade von Sehbeeinträchtigungen.

Abbildung 7: Schweregrade von Sehbeeinträchtigungen

Schweregrade	Sehschärfe mit bestmöglicher Korrektur in die Ferne	
	Visus	Prozent
Leichte Sehbeeinträchtigung	< oder = 0,3	< oder = 30%
Mittelschwere Sehbeeinträchtigung	0,1 – 0,3	10% – 30%
schwere Sehbeeinträchtigung	0,05 – 0,1	5% – 10%
Hochgradige Sehbeeinträchtigung	0,02 – 0,05	2% – 5%
Blindheit	< oder = 0,02	< oder = 2%

Quelle: Eigene Darstellung, vgl. Beck, Franz-Josef, Lesen sehbehinderter Schülerinnen und Schüler, S. 38.

³⁵ Vgl. Blindenschule Lebach, Sehschädigung – Definition und Fakten.

³⁶ Vgl. Blinden- und Sehbehindertenverein Südbaden, Definition Blindheit und Sehbehinderung.

Einzelne Störungen werden durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit dem herausgegebenen Klassifikationssystem „Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme ICD-10“ (International Classification of Disease – Tenth Revision ICD-10) definiert, benannt und deutlich voneinander abgegrenzt. Die deutsche Fassung des ICD-10-GM (German Modification) des Deutschen Instituts für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) bildet Sehheinschränkungen anhand von Krankheitsbeschreibungen ab.

Neben der ICD-10 ist auch die ICF – Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (International Classification of Functioning, Disability and Health) ein Teil der Internationalen Klassifikationen von der WHO. Während die ICD Krankheiten einordnet, klassifiziert die ICF die Folgen von Krankheiten in Bezug auf Körperfunktionsfähigkeiten und ihre Auswirkungen in der Umwelt.

Das ICF-System bietet unterschiedliche Bereiche der Behinderung und Auswirkungen zur Verdeutlichung und Erfassung. Anhand des umfassenden Analysebogens der ICF sind für Behinderungen im medizinischen und sozialen Rahmen Perspektiven der Gesundheit auf biologischer, individueller und sozialer Ebene zu ermöglichen.³⁷

Die ICF enthält neun Kapitel mit Lebensbereichen von Aktivitäten und Partizipation. Wird eine Aufgabe oder Handlung durchgeführt, spricht man von einer Aktivität. Als Partizipation bezeichnet man die Integration in unterschiedlichen Lebensbereichen, also das Miteinbezogensein. Mit Hilfe dieser Gliederungspunkte ist herauszufinden, was eine Aktivität fördert oder beeinträchtigt und in welchen Lebensbereichen Teilhabe funktioniert oder misslingt. Es gibt folgende Lebensbereiche: Lernen und Wissensanwendung, Allgemeine Aufgaben und Anforderungen, Kommunikation, Mobilität, Selbstversorgung, Häusliches Leben, Interpersonelle Interaktionen und Beziehungen, Bedeutende Lebensbereiche, Gemeinschafts-/soziales

³⁷ Vgl. Beck, Franz-Josef, Lesen sehbehinderter Schülerinnen und Schüler, S.41.

und staatsbürgerliches Leben.³⁸ Durch die Verwendung der ICF und dem daraus resultierten Bild über das Verhältnis von Funktionsfähigkeit, Aktivität und Teilhabe können auch weitere Verbindungen zu einer (behinder-ten-)pädagogischen Anwendung und Auslegung gemacht werden.³⁹

Anne L. Corn hat zur Systematik der visuellen Sehfunktionen ein Modell zur Veranschaulichung konzipiert. Es zeigt neben den visuellen Leistungen sowohl die Qualität der visuellen Außenreize als auch weitere individuelle Voraussetzungen, die mitbestimmend für Sehfähigkeiten sind.

Dieses Würfelmodell ist ein Vorläufer der ICF, der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit.⁴⁰

Abbildung 8: Faktorenmodell des funktionalen Sehvermögens

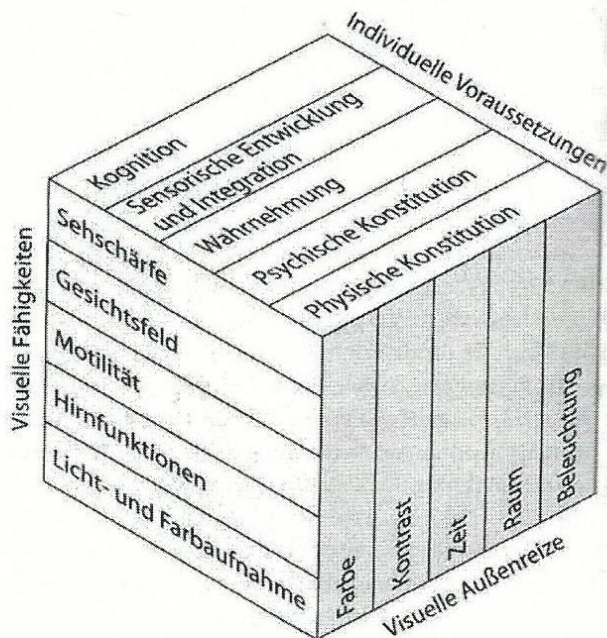


Abbildung 3.2: Faktorenmodell des funktionalen Sehvermögens nach Corn

(Rath, 1987, S. 24)

Quelle: vgl. Beck, Franz-Josef, Lesen sehbehinderter Schülerinnen und Schüler, S.49.

Da Sehbeeinträchtigungen unterschiedliche Ausprägungen haben, ist es vor allem im schulischen Bereich wichtig individuelles Sehverhalten der

³⁸ Vgl. Hofer, Ursula, ICF: Sehen in systemisch-ökologischer Betrachtungsweise, S. 35 und 36.

³⁹ Vgl. Beck, Franz-Josef, Lesen sehbehinderter Schülerinnen und Schüler, S.47.

⁴⁰ Vgl. Hofer, Ursula, ICF: Sehen in systemisch-ökologischer Betrachtungsweise, S. 20.

einzelnen Schülerinnen und Schüler zu beobachten. Es sind viele Faktoren, die die Leistung der Schülerinnen und Schüler beeinflussen können, z. B. Lichtverhältnisse, Farbgebung, Kontraste, sowie der psychische und physische Allgemeinzustand. Ist eine Sehschädigung noch nicht festgestellt worden, gibt es einige Indizien, die darauf hindeuten können: falsches Abschreiben von der Tafel, langsames Arbeitstempo, Schwierigkeiten beim Lesen, Schiefe Kopfhaltung, Scheinbares Vorbeischauen an einem angeschauten Gegenstand, Verwechseln von Farben, Gegenstände übersehen, häufige Kopfschmerzen, viel Müdigkeit, Wunsch nach mehr Licht, Orientierungsprobleme, Stolpern/Anstoßen/Fehltritte..., usw.⁴¹

2.3.2 Blinde und Sehbehinderte in der Schule

In Anlehnung an Abbildung 8, dem Faktorenmodell des funktionalen Sehvermögens nach Corn, gibt es vier bedeutende Bereiche der Sehfunktion:

1. Kommunikation – von Angesicht zu Angesicht als auch in Gruppen
2. Orientierung und Mobilität – Wahrnehmung und Bewegung
3. Lebenspraktische- und Alltagspraktische Fertigkeiten
4. Länger andauerndes Sehen, z. B. Lesen und Schreiben

Alle vier Bereiche erhalten unterschiedliche pädagogische Relevanzen. Für jeden einzelnen bedarf es durch individuelle Beeinträchtigung des Sehens einen anderen Denkansatz. So benötigt eine Person Blindentechniken in Orientierung und Mobilität z. B. durch den Einsatz des Langstocks, sowie eine andere Person im Bereich Lesen den klassischen sehbehindertenpädagogischen Eingriff z. B. in der optischen Vergrößerung braucht. Deshalb ist die Spezifikation auf eine der beiden Kategorien „blind“ oder „sehbehindert“ in Bezug auf pädagogische Bedarfe nicht sinnvoll. Nach Empfehlung der Kultusministerkonferenz zum Förderschwerpunkt Sehen

⁴¹ Vgl. Blindenschule Lebach, Sehschädigung – Definition und Fakten.

vom Jahre 1998 sollen die beiden Fachrichtungen nicht getrennt betrachtet und behandelt werden.⁴²

Da blinde Kinder und Jugendliche visuelle Eindrücke gar nicht oder nur in extrem geringem Maße aufnehmen können, sind sie an andere Sinnesorgane gebunden. Ihre Informationen aus der Umwelt nehmen sie hauptsächlich über das Gehör, den Tastsinn, über Sinne der Haut, des Geruchs sowie des Geschmacks auf. Mithilfe geeigneter Lernangebote können sich die Funktionen dieser Sinne weiterentwickeln und gefördert werden. Sehbehinderte Kinder und Jugendliche dagegen können ihr eingeschränktes Sehvermögen nutzen. Hierfür brauchen sie besondere Anleitung, sonderpädagogischen Förderbedarf und technische Hilfen.⁴³

Grundlage ist die Darlegung einer augenärztlichen Untersuchung. Der schulische sonderpädagogische Förderbedarf wird dann durch sonderpädagogische Lehrkräfte ermittelt, bei der das Sehvermögen in Nah und Fern, das Gesichtsfeld, der Farbsinn, der Lichtsinn mit Blendempfindlichkeit sowie das beidäugige Sehen festgestellt wird. Beobachtungen im Schulalltag zeigen eine Diagnostik in Bezug auf das funktionale Sehen und die daraus entstehenden Bedürfnisse wie z. B. Arbeitsplatzausstattung, Sitzplatz im Klassenzimmer, Beleuchtung, Medien usw.⁴⁴

Speziell im Hinblick auf diese Bedürfnisse ist die Unterstützung des Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrums mit Förderschwerpunkt Sehen von großer Bedeutung. Es hat das Ziel, dass Schülerinnen und Schüler – entsprechend ihren persönlichen Voraussetzungen – einen erfolgreichen Schulabschluss absolvieren können. Auf diesem Weg zum Schulabschluss sollen Jugendliche dazu befähigt werden bestimmte Abhängigkeiten und Hemmnisse zu überwinden und soziale Eingliederung zu erleben, was ihnen Aktivität und Teilhabe ermöglicht. Die Voraussetzung

⁴² Vgl. Beck, Franz-Josef, Lesen sehbehinderter Schülerinnen und Schüler, S. 49 und 50.

⁴³ Vgl. Beck, Franz-Josef, Lesen sehbehinderter Schülerinnen und Schüler, S. 50 i.V.m. Kultusministerkonferenz 1998 Empfehlung zum Förderschwerpunkt Sehen, S. 3.

⁴⁴ Vgl. Beck, Franz-Josef, Lesen sehbehinderter Schülerinnen und Schüler, S. 50 i.V.m. Kultusministerkonferenz 1998 Empfehlung zum Förderschwerpunkt Sehen, S. 12 und 13.

hierfür ist der Erwerb der erforderlichen Kompetenzen in kulturtechnischen, sozial-personalen und beruflich-wirtschaftlichen Bereichen. Die Schule wirkt an einem gesellschaftlichen Umfeld, welches Teilhabemöglichkeiten eröffnet, mit. Besonders deshalb, weil viele Schülerinnen und Schüler aufgrund der weiten Fahrwege im Schulinternat untergebracht sind und hier auch lebenspraktische Fähigkeiten erlernt werden. Deshalb werden unterrichtsfachliche und überfachliche Kompetenzen erworben. Durch diese besonderen Kompetenzen können Schülerinnen und Schüler in der Gesellschaft leben, mitwirken und teilhaben und sich dabei behaupten. Bei der Aufgabe des Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrums im Rahmen der individuellen Lern- und Entwicklungsbegleitung geht es im Wesentlichen um die Persönlichkeitsentwicklung im Ganzen. Das Unterrichtsgeschehen beschäftigt sich mit zentralen Beiträgen, welche Schülerinnen und Schüler zu einem höheren Maß an Selbständigkeit, Unabhängigkeit und Teilhabe verhelfen. So können sie sich mit ihrer Behinderung auseinandersetzen, Unterstützungsangebote wahrnehmen und eigene Lebenspläne schmieden. Die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren mit Förderschwerpunkt Sehen bieten individuelle Zugänge zu Lerninhalten und ermöglichen dadurch ein strukturiertes Lernumfeld. Der Fokus des Unterrichtsinhalts liegt in der Vermittlung von auditiven, taktilen und spezieller nicht-visueller Strategien.⁴⁵

Der bisherige Bildungsplan der Schule für Blinde (1986) und der Schule für Sehbehinderte (1996) wird durch den neuen Bildungsplan ersetzt. Der neue Bildungsplan von 2011 gilt für beide Schultypen. Dieser beinhaltet den Bildungs- und Erziehungsauftrag des Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrums mit Förderschwerpunkt Sehen.⁴⁶

⁴⁵ Vgl. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg – Förderschwerpunkt Sehen i.V.m. Landesbildungsserver Baden-Württemberg – SBBZ Sehen.

⁴⁶ Vgl. Landesbildungsserver Baden-Württemberg – SBBZ Sehen i.V.m. Bildung stärkt Menschen – SBBZ Sehen.

In Anlehnung an den Bildungsplan gibt es folgende individuell angepasste sonderpädagogische Fördermaßnahmen, die das Lernen erleichtern und der aktuellen und zukünftigen Lebensbewältigung zu Gute kommen:

- Einführung in den Gebrauch von Hilfsmittel
- Förderung lebenspraktischer Fertigkeiten
- Seherziehung und Wahrnehmungsförderung
- Bewegungsförderung
- Förderung der Orientierung und Mobilität
- Förderung der sozialen und kommunikativen Kompetenzen
- Förderung des sozialen Lebens.⁴⁷

Der Bildungsplan für blinde- und sehbehinderte Kinder gilt grundsätzlich für das SBBZ. Mit dem neuen Schulgesetz ist dieser aber auch für Schülerinnen und Schüler mit visueller Einschränkung, die sich für eine inklusive Beschulung entschieden haben, bestimmt. Dass inklusive Kinder und Jugendliche am Unterrichtsgeschehen teilhaben können, ist ein Bezug zu den Medienberatungszentren (welche sich im SBBZ befinden) notwendig. Deshalb stehen die allgemeinen Schulen in stetigem Kontakt zu den sonderpädagogischen Lehrkräften. Die Kooperation zwischen Lehrkräften, Beratungskräften und Eltern führt zu einer Verantwortungsgemeinschaft, um ein erfolgreiches Lernen zu ermöglichen.⁴⁸ Somit ist theoretisch festzuhalten, dass für Kinder, die nicht an einem SBBZ, sondern auf einer allgemeinen Schule lernen, zwei Bildungspläne gelten: Der Bildungsplan des Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrums und der Bildungsplan der allgemeinen Schule. In der praktischen Umsetzung gestaltet sich dies aber schwierig.

Haben blinde und sehbehinderte Schülerinnen und Schüler z. B. den Abschluss auf einem SBBZ absolviert, geht ihr Werdegang in den Berufsweg

⁴⁷ Vgl. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg – Förderschwerpunkt Sehen i.V.m. Landesbildungsserver Baden-Württemberg – SBBZ Sehen.

⁴⁸ Vgl. Bildungsplan 2011 Schule für Blinde und Schule für Sehbehinderte, S. 10 und 11.

über. Die Berufsbildung findet größtenteils in Regeleinrichtungen statt. Erfahrungsgemäß gibt es dort keine spezielle Betreuung und man muss mit Überforderung und Mängeln rechnen. Betrachtet man die sozialen Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler an Sehbehindertenschulen, kann es sein, dass es dort vielleicht für einige keine guten Voraussetzungen gibt, Erfahrungen für soziale Integration sammeln zu können. Das eingeschränkte Sehvermögen hat eine Wir-Gruppen-Wirkung, denn Sehbehinderte lernen in erster Linie die soziale Handhabung mit Sehbehinderten. Dies kann später, besonders im Jugendalter und im Erwachsenenwerden, zu einer Schwierigkeit in der gesellschaftlichen Integration/Inklusion führen.⁴⁹

Trotzdem gibt es einen Teil der sehgeschädigten Kinder und Jugendliche, für die unter bestimmten Voraussetzungen eine unterstützte Inklusion an einer allgemeinen Schule natürlich möglich, verantwortbar und wünschenswert ist. Entscheiden sich die Eltern sowie das Kind für den Weg an einer allgemeinen Schule gibt es grundlegende Anforderungen für alle Beteiligten. Sehgeschädigte Schülerinnen und Schüler sollen hierfür die innere Bereitschaft zeigen, eine allgemeine Schule besuchen zu wollen. Zudem muss ein altersentsprechend guter Stand der Selbständigkeit in lebenspraktischen Fertigkeiten vorausgesetzt werden, um den schulischen Anforderungen gerecht zu werden. Wichtig für den erfolgsversprechenden Besuch einer allgemeinen Schule sind auch das Selbstbewusstsein und die Aufbringung einer gewissen emotionalen Stabilität.

Ebenso sind auch Eltern an einer Inklusion ihres Kindes beteiligt, indem sie den gewählten Bildungsweg unterstützen. Eltern sollten ihr Kind auf die inklusive Beschulung sensibilisieren und über aufkommende Probleme und auftretende Schwierigkeiten bzgl. der Sehschädigung offen sprechen. Damit auch die soziale Integration funktionieren kann, soll eine

⁴⁹ Vgl. Mersi, Franz/Schindele, Rudolf, Überlegungen zur Entwicklung eines flexiblen Bildungssystems für Sehbehinderte in der Bundesrepublik Deutschland, S. 184 und 185.

aktive Mitarbeit im außerschulischen Bereich, wie z. B. lebenspraktische Fertigkeiten und Freizeitaktivität von den Eltern gefördert werden.

Für eine Inklusion ist auch die Bereitschaft der allgemeinen Schule notwendig. Zwar setzt das neue Schulgesetz diese Bereitschaft voraus, doch diese Bereitschaft zeigt sich erst, wenn sehgeschädigte Schülerinnen und Schüler als Mitglieder der Schule voll akzeptiert werden. Eine ganz besondere Rolle spielt hier auch die Lehrkraft. Diese muss gewillt sein, Kinder und Jugendliche mit Sehschädigung voll einzubeziehen und sie nicht als Mitläufer zu betrachten. Das heißt, die Lehrkraft muss sich mit den entsprechenden sehbehindert spezifischen Gegebenheiten vertraut machen und trägt die Verantwortung, den Unterricht entsprechend vorzubereiten und über mögliche aufkommende Probleme bzgl. eines sehgeschädigten Kindes informiert zu sein. Dabei steht ihr als Unterstützung der Sonderpädagogische Dienst zur Verfügung.⁵⁰

⁵⁰ Vgl. Hudelmayer, Dieter, Integration in die Regelschule – eine Möglichkeit der Erziehung auch für blinde und sehbehinderte Kinder und Jugendliche in der Bundesrepublik Deutschland?, S. 189.

3 Empirische Erhebungen

3.1 Aufbau und Durchführung der Umfrage

Im Rahmen dieser Bachelorarbeit wurden zwei empirische Untersuchungen durchgeführt. Mithilfe dieser Untersuchung ist es möglich, die eingangs gestellte Hypothese, dass Inklusion nicht für alle blinden und sehbehinderten Schülerinnen und Schüler die beste und geeignete Lösung ist, zu überprüfen. Hierfür wurde die Forschungsmethode der Befragung gewählt. Sowohl die schriftliche Befragung als auch die mündliche Befragung (Interview) soll die genannte Hypothese bestätigen oder verwerfen.

Für die schriftliche Befragung wurden zwei Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren mit Förderschwerpunkt Sehen ausgesucht. Ein Teil der schriftlichen Antworten stammen aus den Klassenstufen 9 und 10 der Ernst-Abbe-Schule SBBZ Sehen in Stuttgart. Dieses SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen verfügt sowohl über ein Bildungsangebot einer Grundschule als auch einer Haupt-/Werkrealschule und Realschule. Daneben sollen die Antworten der Oberstufe von der Carl-Strehl-Schule im hessischen Marburg einen übergreifenden Aspekt darstellen, da sie deutschlandweit das einzige Gymnasium mit Förderschwerpunkt Sehen ist, das bis zum Abitur führt. Insgesamt wurden stichprobenhaft 20 Schülerinnen und Schüler der genannten Schulen kontaktiert, wovon 13 Antworten zur Untersuchung herangezogen werden können.

Da sehbehinderte und blinde Schülerinnen und Schüler überwiegend am Computer arbeiten, erhielten beide Schulen entsprechend ein Paket mit bereits frankierten und mit dem Adressat beschrifteten Umschlägen. Die Schulen verteilten die Umschläge stichprobenartig an Schülerinnen und Schüler aus den Klassenstufen 9 bis 13. In den jeweiligen Umschlägen befanden sich das Anschreiben für die Schüler, die Umfrage in Schwarzschrift und beide Dokumente auf einem beiliegenden Datenträger (Stick). So konnte die Umfrage digital auf dem Stick bearbeitet werden und direkt mit dem vorhandenen frankierten sowie beschrifteten Umschlag wieder an den Adressaten zurück gesandt werden. Die schriftliche Befragung zielt

darauf ab, ehrliche und überlegte Antworten zu erhalten sowie die Anonymität zu bewahren.

Mithilfe des gleichen Fragebogens wurde die mündliche Befragung mit einem blinden Mädchen (und deren Eltern), das in einem inklusiven Setting beschult wird, durchgeführt. Sie besucht im Ortenaukreis seit der Grundschule eine allgemeine Schule und steht kurz vor ihrem Realschulabschluss. Die mündliche Befragung wurde auf einem Aufnahmegerät aufgenommen und transkribiert.

Denn nur durch beide Beschulungsarten ist das Spannungsfeld zwischen Inklusion und SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen zu untersuchen möglich.

Bei der Konzeption des Fragebogens wurde der Strukturtyp der offenen Fragen gewählt. Aufgrund von individuellen Erfahrungen und Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler kann es keine pauschalen Antworten geben. Um die Entscheidung zu treffen, ein SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen oder eine allgemeine Schule zu besuchen, steht persönliches Empfinden im Vordergrund, weshalb der Strukturtyp des offenen Fragebogens ausgewählt wurde.

3.2 Auswertung der schriftlichen und mündlichen Befragung

3.2.1 Gründe für den gewählten Beschulungsweg

Frage 1: Welche Gründe haben Dich bewogen auf eine Sonderschule und nicht auf eine allgemeine Schule zu gehen?

Zu dieser Frage lassen sich die Kernaussagen beider Befragungsmethoden in drei Kategorien einteilen:

1. Zustand des Betroffenen
2. Schulische Situation
3. Entscheidung von anderen übernommen

Schriftliche Befragung: Zustand des Betroffenen

Einer der meist genannten Gründe ein SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen zu besuchen liegt am „**Zustand des Betroffenen**“. So ist für einen Teil der Befragten die Sehschädigung der primäre Grund. Die Ursachen der Sehschädigungen sind allerdings unter den Antworten zu differenzieren. Bei manchen Kindern wurde eine Sehschädigung bereits seit Geburt/früher Kindheit, oder bei anderen dagegen erst im Laufe der Zeit diagnostiziert. Die Antworten zeigen, dass es entweder Kinder und Jugendliche gibt, die

- aufgrund ihrer Sehschädigung schon immer an einem SBBZ unterrichtet werden, oder
- erst im Laufe der Zeit durch plötzlichen Sehverlust von der allgemeinen Schule auf ein SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen wechseln, oder
- aufgrund ihrer Sehschädigung schlechte schulische Erfahrungen machen und deshalb auf ein SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen wechseln.

Außerdem geben die Antworten auch Auskunft darüber, dass nicht nur die Sehbehinderung oder die Blindheit an sich Grund für das SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen ist. So kann es neben der Sehschädigung auch noch zusätzliche gesundheitliche Veranlassung dafür geben wie z. B. einer Spastik.

Mündliche Befragung: Zustand des Betroffenen

Bei dem Interview ist zu beachten, dass die Fragestellung umgekehrt zu sehen ist. Andersherum betrachtet hat das inklusiv beschulte Mädchen Gründe, weshalb sie auf eine allgemeine Schule und nicht auf ein SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen geht.

Die Erblindung des Mädchens hängt mit einem in frühkindlichem Alter erkannten Tumor zusammen. Das Mädchen wurde bereits von der Frühförderstelle der Schule in Ilvesheim, einem SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen, betreut, sodass die Frage, ob die Grundschuleinschulung in Ilvesheim sein sollte, im Raum stand. Während ihrer Kindheit entwickelte sie

aufgrund ihrer Vergangenheit Verlustängste in Bezug auf ihre Familie. Deshalb stand die ernsthafte Idee bei ihr und ihren Eltern nie im Vordergrund die Beschulung an einem SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen zu wählen, da sie bis heute nicht von zu Hause weg will. Dementsprechend haben sich die Eltern dafür eingesetzt, dass sie in der örtlichen Grundschule unterrichtet wird – mit Erfolg.

Schriftliche Befragung: schulische Situation

Der überwiegend genannte Auslöser für die Beschulung an einem SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen liegt in der „**schulischen Situation**“ begründet. Laut den Aussagen sind die Erfahrungen an allgemeinen Schulen negativ. Ein großes Problem für den Schulalltag sind die Arbeitsmaterialien, die an allgemeinen Schulen nicht sehbehinderten bzw. blindengerecht zur Verfügung gestellt werden. Als Schülerin oder Schüler muss man sich selbstbewusst und engagiert zeigen, um die eigenen individuellen Arbeitsbedingungen zu erhalten. So gibt es z. B. Aussagen darüber, dass es Schwierigkeiten bei der Übertragung von Schullektüren gibt, sodass man sich selbst um eine barrierefreie Ausfertigung kümmern muss. Daraus folgen Schwierigkeiten mit Lehrkräften. Den Aussagen nach liegt der Grund für diese Schwierigkeiten in den wenig vorhandenen sonderpädagogischen Lehrkräften an allgemeinen Schulen, die Unterstützungsmaterialien zur Verfügung stellen sollten. Diese schulische Situation verlangt viel persönliches Engagement und Schülerinnen und Schüler empfinden es als ein „hinterherrennen müssen“. Die Antworten zeigen auch, dass diese bemängelnde Organisation in der allgemeinen Schule zu schlechteren Noten und damit zu einem schlechteren Schulabschluss führen kann. Anhand der schwierigen Situation an allgemeinen Schulen verliert man den Anschluss an Klassenkameraden, worunter z. B. die emotionale Empfindlichkeit und somit dann auch die Noten leiden.

Aus diesen Erfahrungen heraus zeigen die Kernaussagen ein positives Bild von einem SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen. Den Schülerinnen und Schülern gefällt es, dass sich Lehrkräfte um sie bemühen, Rücksicht

auf sie nehmen und sie individuell gefördert werden. Das kleine Lernumfeld mit kleinen Klassen ist angenehmer und Kinder und Jugendliche lernen mit weniger Stress und Zeitdruck. Die Schülerinnen und Schüler sind der Meinung, dass die individuelle Förderung zu einer anderen Entwicklung der Persönlichkeit führt und zusätzlich als Vorbereitung auf den Alltag dient. Oft genannt sind die besonderen und geeigneten Hilfsmittel, die gesamte blindentechnische Ausstattung, um selbständig arbeiten zu können, die in einem SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen vorhanden sind. Durch dieses Unterstützungs- und Betreuungsangebot ist es den Schülerinnen und Schülern möglich einen guten Abschluss mit denselben Chancen zu absolvieren, wie dies nichtbeeinträchtigte Kinder und Jugendliche haben. Das schulische Angebot erstreckt sich z. B. auch auf Freizeitaktivitäten wie Blindenfußball, welche laut den Antworten sehr gerne in Anspruch genommen werden.

Mündliche Befragung: schulische Situation

Grundvoraussetzung für die Eltern, dass ihre Tochter auf eine allgemeine Schule gehen kann, war, dass sowohl Rektor als auch das Lehrerkollegium Bereitschaft dafür zeigten, ein blindes Mädchen zu unterrichten. Denn nur auf dieser freiwilligen Basis kann eine gute Zusammenarbeit entstehen. Die Erfahrungen an der Grundschule waren sehr positiv, sodass die Frage, ob die weiterführende Schule in einem SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen oder in einem inklusiven Setting sein soll, nicht mehr im Raum stand. Beim Wechsel auf die Realschule hat eine Beratungskraft vom SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen in Ilvesheim der Lehrerkonferenz unverbindlich vorgestellt, was es heißt, ein blindes Kind aufzunehmen. Der Schulleiter war einverstanden und hat dem Lehrerkollegium die Wahl überlassen, wer sich bereit erklärt, das blinde Mädchen als Klassenlehrkraft zu übernehmen. Durch die Bereitschaft der allgemeinen Schule und die Unterstützung des SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen in Ilvesheim war die Entscheidung getroffen, das Mädchen in der Realschule zu unterrichten.

Schriftliche Befragung: Entscheidung von anderen übernommen

Ebenfalls gibt es Aussagen darüber, dass die „**Entscheidung von anderen übernommen**“ wurde. Im Kindesalter sind die Eltern in erster Linie für diese Entscheidung verantwortlich.

Mündliche Befragung: Entscheidung von anderen übernommen

Der Grund, weshalb das blinde Mädchen auf eine allgemeine Schule geht, liegt in diesem Fall nicht bei den Eltern, sondern vielmehr an der Entscheidung der betroffenen Person selbst. Somit stimmt diese Kategorie in Bezug zum Interview nicht ganz überein.

3.2.2 Vor- und Nachteile des gewählten Beschulungsweges

Frage 2: Wie würdest Du Deinem Empfinden nach die Vor- und Nachteile beschreiben, die Du durch die Sonderschul-Beschulung erlebst?

(Es wäre hilfreich, wenn Du hier bitte auf die Aspekte Hilfsmittel, soziales Umfeld, Lehrkräfte, Unterrichtsgestaltung und Sonstiges eingehen würdest.)

Zu den Kernaussagen beider Befragungsmethoden lassen sich zwei Kategorien bilden:

1. Die Schule an sich
2. Ausstattung der Schule

Schriftliche Befragung: Die Schule an sich

In der Kategorie „**Die Schule an sich**“ sind sich alle Schülerinnen und Schüler überwiegend einig. Sie sehen den Vorteil darin, dass der Unterricht in kleinen Klassen stattfindet und dadurch die Lehrkräfte individuell auf Bedürfnisse und Fragen eingehen können. Das Empfinden über die Unterrichtsgestaltung der Lehrkräfte ist sehr positiv. Nützlich ist auch laut den Aussagen, dass das gesamte Umfeld ruhiger ist, da die Lehrkräfte über kleine Klassen die Kontrolle besser halten können und sie deshalb z. T. Einzelförderung genießen. Viele Antworten zeigen auch, dass sich die Schülerinnen und Schüler untereinander sehr wohl fühlen. Sie teilen ihre Probleme, helfen sich gegenseitig und fühlen sich aufgrund ihres Handi-

caps verstanden und verbunden. Sie sind der Meinung, dass Mobbing aufgrund der Behinderung seine Relevanz verliert. Die Rückmeldungen zu Freizeitangeboten sind sehr positiv und werden gerne wahrgenommen. Nachteilig empfinden einige, dass der Unterricht, aufgrund individueller Betreuungen, oftmals zu langsam voran geht. Einige Schülerinnen und Schüler haben kein gutes Gefühl dabei auf einem SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen zu sein, da eine solche „Behindertenschule“ in der Gesellschaft vermeintlich ein schlechteres Ansehen verbreitet. Außerdem geben viele Antworten Einblick in das soziale Umfeld der Schule an sich. Aufgrund weniger Mitschülerinnen und Mitschüler ist der Freundeskreis sehr klein, was die Jugendlichen eher traurig stimmt. Viele fühlen sich isoliert in ihrem Umfeld und finden aufgrund ihrer vielen innerschulischen Bildungs- und Freizeitangeboten nicht die Möglichkeit auch außerhalb des schulischen Umfeldes sozialen Anschluss zu finden. Daneben gibt es Befürchtungen, dass in Zukunft mehr Schwierigkeiten im schulischen oder beruflichen Alltag aufkommen könnten, da sie das behütete Umfeld gewohnt sind.

Mündliche Befragung: Die Schule an sich

Da die Teilnehmerin des Interviews an einer allgemeinen Schule unterrichtet wird, stellt sich die Frage, wie sie, als inklusiv beschulte Schülerin, die Vor- und Nachteile an der allgemeinen Schule empfindet.

Das blinde Mädchen und auch deren Eltern sehen es als großen Vorteil, dass sie in ihrem Umfeld zu Hause ist, da ihr die Familie viel bedeutet. Nachteilig ist, dass sie gegenüber den anderen sehenden Kindern viel mehr leisten und mehr Zeit aufwenden muss, um den schulischen Anforderungen gerecht zu werden. Für den Schulalltag ist es wichtig, dass das blinde Mädchen von einer Assistenzkraft im Unterricht begleitet wird. Ihre Aufgabe ist Arbeitsmaterialien für den Unterricht sowie Klassenarbeiten blindentechnisch aufzubereiten. Deshalb empfindet das blinde Mädchen es als positiv, dass ihre Lehrerinnen und Lehrer den Unterricht bereits frühzeitig vorbereiten und dies der Assistenzkraft zur Verfügung stellen, sodass diese im Vorhinein die Materialien zugänglich machen kann. Die-

ser reibungslose Ablauf sorgt für Zufriedenheit und Gleichberechtigung. Doch es zeigt auch kritisch auf, dass diese Reibungslosigkeit nicht immer gewährleistet werden kann. Manchmal muss sie z. B. auch auf Unterlagen warten, da diese der Assistenzkraft zu spät zur Verfügung gestellt wurden. Positiv ist auch, dass die Lehrkräfte eine hohe Bereitschaft zeigen, sich mit ihr auseinanderzusetzen, vor allem in aufwändigen Fächern wie Mathematik. Es wird von der allgemeinen Schule als selbstverständlich gesehen, dass das Mädchen von diesen Unterstützungspersonen begleitet wird, wenn Assistenz- und Beratungskraft im Unterrichtsgeschehen dabei sind. Bei der Unterrichtsgestaltung wird nicht gesondert auf das blinde Mädchen eingegangen, da sie mit allen Schülerinnen und Schülern in einem Klassenverbund unterrichtet wird. In den Pausen verbringt sie sehr viel Zeit mit der Assistenzkraft, weshalb das soziale Umfeld sehr begrenzt ist. Hinzu kommt das pubertierende Alter, welches es zusätzlich erschwert, sich in der Klasse zu behaupten. Diesbezüglich war die Klassenlehrkraft bisher immer sehr engagiert und hat in Gruppen- und Projektarbeiten das soziale Verhalten der sehenden Schülerinnen und Schüler gefordert und gefördert. Im Interview ist nämlich das Wort Mobbing kein einziges Mal gefallen, sodass dies als positiv zu betrachten ist. Dennoch beschreibt die befragte Schülerin ein Gefühl des „betteln Müssens“, denn die Klassenmitglieder kommen aufgrund ihrer pubertierenden Phase nicht von selbst auf ein blindes Kind zu. Sympathien sind z. B. auch nicht über Blickkontakte zu wecken. Positiv ist aber, dass die Schule in Verbindung mit der Beratungskraft aus Ilvesheim einen „Selbsterfahrungstag“ organisiert hat. Dadurch wurden Eltern und Schülerinnen und Schüler sensibilisiert. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass Schülerinnen und Schüler daran gewachsen sind und je älter sie werden mehr Verständnis für das blinde Mädchen aufbringen können.

Die Kooperation mit dem SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen in Ilvesheim ist sehr eng. In regelmäßigen Abständen kommt die Beratungskraft aus Ilvesheim zu Besuchertagen an die allgemeine Schule und ist auch bei Fragen zu Unterrichtsinhalten für die betroffene blinde Schülerin erreich-

bar und anwesend. Die Beratungskraft nimmt sich an ihren Besuchertagen mit der blinden Schülerin viel Zeit zum Üben, Lernen und Nacharbeiten. Daneben führt sie auch Gespräche mit der blinden Schülerin und deren Eltern, um über die weitere schulische Laufbahn zu beraten und zu entscheiden. So gibt sie durch ihre Erzählungen Einblicke in den Schulalltag von Ilvesheim. Dort haben z. B. die Lehrkräfte ein besonderes Augenmerk auf individuelle Betreuung und schauen den Schülerinnen und Schülern über die Schulter, um Fehler oder Missverständnisse zu vermeiden. Die Interviewerin ist davon aber nicht überzeugt und vermutet, sie wäre an einem SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen unterfordert, sodass sie das Abitur weiterhin auf einer allgemeinen Schule anstrebt. Die Beratungskraft kümmert sich zudem in Verbindung mit dem SBBZ z. B. auch um Nachteilsausgleiche, Probleme bei Klassenarbeiten oder Prüfungsangelegenheiten im Abschlussjahr.

Hilfreich sind auch die vom SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen organisierten Kurse. Diese Kurse bieten besondere Lerninhalte für Blinde und Sehbehinderte, wie z. B. chemisches Experimentieren, Noten-Brailleschrift, Mathematikschrift Latech, taktile Kartenarbeiten, Bewerbungsschreiben und Kurzschrift usw. Die befragte blinde Schülerin ist erfreut, dass sie für diese Zeit von der allgemeinen Schule freigestellt wird und dort teilnehmen darf. Dort trifft sie auch immer auf andere blinde- und sehbehinderte Kinder und knüpft Kontakte.

Negativ bewertet wird an der allgemeinen Schule z. B. der Sportunterricht, der auf sehende Schülerinnen und Schüler abgestimmt ist und an dem eine blinde Person entweder nicht teilhaben kann oder gezwungenermaßen an Mitschülerinnen oder Mitschüler gebunden ist. Hier stößt man demnach an Grenzen, wie es sie an einem SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen nicht geben würde. Ein weiterer ganz großer Nachteil ist die mündliche Benotung. Aufgrund ihrer Blindheit ist sie im Unterricht ständig an ihren Laptop gebunden und ist konzentriert auf das Zuhören und Mitschreiben. Diese gesenkte Kopfhaltung erzeugt bei Lehrkräften oft den Anschein des Desinteresses. Schwierig wird es auch, wenn Karikaturen

oder Bilder im Unterricht diskutiert werden, woran sie sich nicht beteiligen kann. Abgesehen davon sind im Unterricht sehende Schülerinnen und Schüler häufig im Vorteil und können schneller auf Fragen reagieren und Ergebnisse präsentieren, wohingegen sie viel mehr Zeit benötigt z. B. aufgrund der Nutzung von Hilfsmitteln. Auf Mimik und Gestik der Lehrkräfte kann sie nicht reagieren, z. B. wenn die Lehrkraft mit der Hand auf eine Schülerin oder einen Schüler zeigt, um ihn aufzurufen. Die daraus resultierende schlechtere mündliche Bewertung erzeugt demnach bei der Betroffenen großen Frust.

Schriftliche Befragung: Ausstattung der Schule

Auch bei der Kategorie „**Ausstattung der Schule**“ sind sich alle Betroffenen mehrheitlich einig. Von großem Vorteil ist, dass jeder Arbeitsplatz in der Schule mit einem Computer oder einem Laptop ausgestattet ist. Daneben gibt es zahlreiche Hilfsmittel, wie z. B. Bildschirmlesegeräte, Nutzung der Kamera, die Tafelaufschriebe von Lehrkräften auf den eigenen Desktop projiziert, sprechende Messgeräte usw. Außerdem bietet die Schule Spezialisten für technische Hilfsmittel an, um zu beraten, oder die Schülerinnen und Schüler zu unterstützen. Für die Aufbereitung des Unterrichts bietet das SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen verschiedene Strategien an, damit Inhalte digital, taktil, oder auditiv übermittelt werden können. Alle Arbeitsmaterialien werden individuell nach Bedürfnis als Punkt- oder Schwarzschrift ausgehängt. Abgesehen davon empfinden es Schülerinnen und Schüler als sehr vorteilhaft, wenn das Gelände, auf dem sie tagtäglich leben und sich bewegen blinden- und sehbehindertengerecht und somit barrierefrei ausgestattet ist.

Zur Ausstattung der Schulen gibt es keine nennenswerten Nachteile, die in den Antworten zu finden sind.

Mündliche Befragung: Ausstattung der Schule

Die allgemeine Schule an sich bietet keine besondere Ausstattung für blinde- und sehbehinderte Kinder. Aber von großer Bedeutung ist die Kooperation mit den Beratungskräften aus dem SBBZ mit Förderschwer-

punkt Sehen aus Ilvesheim, das die benötigte Ausstattung zur Verfügung stellt. Entweder Lehrerinnen und Lehrer oder das blinde Mädchen selbst können sich an die Beratungskraft wenden, um Hilfsmittel und organisatorische Dinge zu besprechen. Für Unterrichtsinhalte sind bestimmte Unterstützungsmaterialien notwendig, welche die allgemeine Schule nicht bieten kann. Beratungskräfte sind dann dafür zuständig diese Materialien wie Typhlografien, Modelle und taktiles Arbeitsmaterial vom SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen in Ilvesheim zur Verfügung zu stellen. Ebenso werden Hilfsmittel wie Zeichentafel, Atlas und Globus für den Schulalltag von dort gestellt. Alle Schulbücher werden pro Schuljahr digital zugänglich aufbereitet vom SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen in Ilvesheim. Die Betreuung von einem SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen ist wichtig, damit das blinde Mädchen, deren Eltern sowie die Schule über notwendige und vorhandene Hilfsmittel informiert werden und diese dann auch bereitgestellt werden. Die Betroffene selbst ist ausgestattet mit einem Laptop (worauf die Software Jaws installiert ist, um sich Texte vorlesen zu lassen), einer Braille-Zeile und Kopfhörern. Sie besitzt zwar einen Blindenstock, doch diesen benutzt sie kaum, da sie sich immer an die Assistenzkraft wendet, die sie führt. Fällt diese jedoch mal unerwartet aus, gibt es große Schwierigkeiten Ersatz zu finden, da die Assistenzkkräfte meistens Angestellte von Sozialeinrichtungen sind und dort ein freiwilliges soziales Jahr absolvieren und es keine Vertretungskräfte gibt.

3.2.3 Inklusionsschule – Ja oder Nein?

Frage 3: Wie stellst Du Dir Deine ideale Inklusionsschule vor – wie wünschst Du dir Inklusion?

Die Kernaussagen beider Befragungsmethoden lassen sich zwei Kategorien unterteilen:

1. „Ja“ für Inklusionsschule
2. „Nein“ für Inklusionsschule

Schriftliche Befragung: „Ja“ für Inklusionsschule

Die Mehrheit von Schülerinnen und Schülern, die ein SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen besuchen, können sich eine ideale Inklusionsschule vorstellen. Grundvoraussetzung für eine Inklusion ist, dass man an allgemeinen Schulen trotz Behinderung Akzeptanz findet. Die Schülerinnen und Schüler sind sich einig, dass Inklusion aber erst dann funktionieren kann, wenn die Klassengröße auch an allgemeinen Schulen geringer ist. Sie meinen, dass auf individuelle Betreuung aufgrund der Behinderung nicht verzichtet werden kann. Durch kleine Klassen ist es Lehrkräften möglich Bedarfe zu decken und die Förderung aufgrund der Behinderung zu gewährleisten. Viele bekräftigen, dass der Zugang zu Hilfsmitteln auch an allgemeinen Schulen vorhanden sein muss. Da diese Hilfsmittel an einem SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen von vorne herein zur Ausstattung gehören, hat ein Betroffener den Wunsch, einen leichteren bürokratischen Weg einzuführen, dass man über die Krankenkassen Zugriff auf Hilfsmittel bekommt. Das bedeutet also, dass alle Betroffenen darauf plädieren, bei einer Inklusion keine Nachteile zu erfahren. Die befragten Kinder und Jugendliche finden es notwendig, dass Lehrkräfte an allgemeinen Schulen sonderpädagogische Fortbildungen besuchen sollten, um blinde- und sehbehinderte Schülerinnen und Schüler unterstützen zu können. Sie empfinden es als wichtig, dass Mitschülerinnen/Mitschüler, Eltern und Lehrkräfte jährlich bzgl. der Sehbehinderung oder Blindheit sensibilisiert werden z. B. durch Informationsveranstaltungen. Diese Sensibilisierung bedeutet den Befragten sehr viel, denn so entsteht der Versuch mehr Akzeptanz gewinnen zu können, Freundschaften und Klassengemeinschaften entstehen zu lassen bzw. zu festigen. Einige der Befragten haben bereits schlechte Erfahrungen mit Inklusion gemacht, sodass sie wissen, dass Inklusion nur in Zusammenarbeit mit Lehrkräften, Eltern, Fachpersonal und Schülern funktionieren kann. Wünschenswert ist aufgrund mancher vorhandenen Erfahrungen eine gut funktionierende Kooperation zwischen allgemeiner Schule und SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen.

Mündliche Befragung: „Ja“ für Inklusionsschule

Optimal ist eine Inklusionsschule dann, wenn Lehrkräfte sich auf das Handicap der Schülerin oder des Schülers einlassen und bereit sind ihre vorbereiteten Arbeitsmaterialien rechtzeitig der Assistentzkraft zukommen zu lassen. Ebenso zuverlässige Arbeit muss demnach die Assistentzkraft leisten, denn ohne sie ist die Beschulung für Blinde an einer allgemeinen Schule gar nicht möglich.

Schriftliche Befragung: „Nein“ für Inklusionsschule

Es ist festzustellen, dass die Befragten, die zuvor nie auf einer allgemeinen Schule waren und schon immer an einem SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen beschult werden, keine Wünsche zur Inklusionsschule äußern. Denn sie sind insgesamt mit ihrer Situation am SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen zufrieden. Doch es gibt auch Aussagen darüber, dass eine Inklusionsschule überhaupt nicht gewünscht wird und es keine Idealvorstellung darüber gibt, weil dieses Angebot nicht wahrgenommen werden möchte. Eine Antwort gibt Aufschluss über die beunruhigte Meinung in Bezug auf die Politik, da die Erfahrungen mit Behinderung fehlen und deshalb vorerst Präventionsmaßnahmen notwendig sind, damit Schulen darauf sensibilisiert sind und Inklusion möglich ist. Außerdem zeigen schlechte Erfahrungen an allgemeinen Schulen, dass Inklusion gescheitert ist, aufgrund der Tatsache „anders“ zu sein. Die Aussage äußert das Bedürfnis, dass man an einer allgemeinen Schule im Prinzip „normal“ sein möchte, wie alle anderen auch und dass „Anders sein“ auf einer allgemeinen Schule das Problem darstellt. Aus diesem Grund ist Inklusion nicht gewünscht und es ist nicht möglich sie sich als ideal vorzustellen.

Mündliche Befragung: „Nein“ für Inklusionsschule

Würde es eine Assistentzkraft für ein blindes Kind nicht geben, hätte man an einer allgemeinen Schule keine Chance. Denn man kann nicht von Mitschülerinnen und Mitschülern verlangen, z. B. mit Hilfsmittel zu assistieren, oder ständig von Raum A nach Raum B zu begleiten, da diese ja selbst dem Unterrichtsgeschehen folgen müssen. Auch die Beratungskräf-

te vom SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen sind Grundvoraussetzung, sodass eine Beschulung an einer allgemeinen Schule ohne diese Unterstützung nicht möglich ist.

3.2.4 Diskussion der Auswertung

Die Umfrageergebnisse spiegeln den Inhalt der oben erarbeiteten theoretischen Grundlagen wider.

In Kapitel 2.1.1 (Definition von Inklusion) heißt es, dass die allgemeinen Schulen Barrieren frei räumen und sich an Behinderungen der Kinder anpassen sollen, damit auf einzelne Bedürfnisse eingegangen werden kann. Das interviewte blinde Mädchen erlebt laut ihren Aussagen in Verbindung mit der theoretischen Definition somit das Miteinbezogensein und die gleichberechtigte Teilhabe am Unterrichtsgeschehen. Aktion Mensch versteht Inklusion als ein Miteinander- und nicht als ein Nebeneinanderleben, was man anhand der Äußerung des blinden Mädchens erkennt. Die Antworten der schriftlichen Befragung zeigen jedoch, dass Schülerinnen und Schüler an einem SBBZ sich hin und wieder nach einem Miteinanderleben sehnen.

Betrachtet man Kapitel 2.2.2 (Änderung des neuen Schulgesetzes zum 01.08.2015) sowie Kapitel 2.2.3 (SBA-VO) in Bezug zur der interviewten, blinden Schülerin, so ist die Umsetzung eines inklusiven Bildungsangebots sehr gut nachzuvollziehen. Das Fallbeispiel der blinden Schülerin ist nach dem weiterentwickelten Strukturbild auf Seite 14 in die dritte Spalte mit einem Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot einzuordnen. Diese Spalte besagt, dass sie auf einer allgemeinen Schule unterrichtet wird, also in einem inklusiven Setting, und unterstützt wird durch das SBBZ.

Das Interview hat Aufschluss darüber gegeben, dass sich die Zuständigkeiten der Betreuung, Beratung und Unterstützung von Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren für inklusive Schülerinnen und Schüler nach dem Schweregrad der Sehschädigung richten (Kapitel 2.3.1). Bezüglich ihres Wohnorts und ihrer Blindheit wird sie von Ilvesheim

betreut, da dieses SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen für die inklusive Beschulung von Kindern, die unter 10% Sehvermögen haben, zuständig ist.

Das in Kapitel 2.3.2 (Blinde und Sehbehinderte in der Schule) beschriebene Modell von Corn ist inhaltlich auf beide Befragungen anzuwenden. Der Bereich der **Kommunikation** ist sowohl für Blinde als auch für Sehbehinderte schwierig, weil das Angesicht zu Angesicht nicht direkt umsetzbar ist. Dennoch empfinden Schülerinnen und Schüler an einem SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen es als positiv, unter Gleichgesinnten zu sein, da man auf Augenhöhe mit- und zueinander spricht. Dieser Umgang gilt auch für Lehrkräfte an einem SBBZ, da diese genau wissen, wie sie kommunizieren müssen, damit das richtige Verständnis vermittelt wird. Die Kommunikation in der allgemeinen Schule bei dem blinden Mädchen läuft überwiegend über die Assistentzkraft ab. Der bedeutende Bereich der **Orientierung und Mobilität** wird an einem SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen sehr gefördert. An der allgemeinen Schule hingegen ist das blinde Mädchen eher unselbständig, da diese sich ständig bei der Assistentzkraft einhängt, um von A nach B zu gelangen. Auch im Bereich der **Lebens- und Alltagspraktischen Fertigkeiten** sind die Angebote an einem SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen sehr vielfältig vertreten. Diese erfährt das inklusiv beschulte Mädchen nur an bestimmten Kurstagen, welche das SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen organisiert. Einheitlich zutreffend für Schülerinnen und Schüler an einem SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen sowie für das inklusiv beschulte Mädchen ist der Bereich **länger andauerndes Sehen (Lesen, Schreiben)**. Beide benutzen Hilfsmittel, um dieser Hürde gerecht zu werden.

Die Schülerinnen und Schüler der schriftlichen Befragung empfinden die in den Kapiteln 2.1.2 (SBBZ) sowie 2.3.2 (Blinde und Sehbehinderte in der Schule) beschriebene individuelle Förderung als sehr hilfreich für Unterrichtsinhalte und Alltagsangelegenheiten, um an der eigenen Persönlichkeit zu wachsen. Diese individuell angepassten sonderpädagogischen Fördermaßnahmen sind im Bildungsplan für Blinde und Sehbehinderte in

Anlehnung an Kapitel 2.3.2 zu finden. Die Durchführungen der Maßnahmen werden durch die schriftlichen Aussagen bestätigt. Doch auch anhand der Antworten des inklusiv beschulten blinden Mädchens ist festzustellen, dass für sie ebenso dieser Bildungsplan gilt. Deshalb lernt man neben dem Bildungsplan der allgemeinen Schule zusätzlich mit der Beratungslehrkraft z. B. die Handhabungen von Hilfsmittel oder bestreitet mit ihr die aufkommenden Schwierigkeiten, da sie für die Förderung zuständig ist. Doch im Interview gibt es keine Anzeichen dafür, dass die angepassten Fördermaßnahmen des Bildungsplans von Blinden und Sehbehinderten Schülerinnen und Schüler ganzheitlich zu realisieren sind, da nur einzelne Maßnahmen angesprochen wurden. Somit zeigt sich, dass die umfangliche Förderung, die mit dem Bildungsplan für Blinde und Sehbehinderte einhergeht, nicht neben dem allgemein geltenden Bildungsplan umsetzbar ist.

Die in den schriftlichen Antworten befürchteten aufkommenden sozialen Schwierigkeiten lassen sich auch in Kapitel 2.3.2 wiederfinden. Die Erfahrungen mit sozialer Integration/Inklusion sind nach einem SBBZ-Besuch weniger vorhanden, sodass in der Zeit nach der Schule diese Frustrationstoleranz noch trainiert werden muss. Diesen Frust kennt z. B. die interviewte blinde Schülerin bereits. Doch trotz dieser Erfahrung steht einer Inklusion nichts im Wege. Das lassen auch die Aussagen der befragten blinden Schülerin erkennen. Vor allem, weil sich diese Aussagen mit Kapitel 2.3.2 decken, in dem alle Beteiligten grundlegende Anforderungen erfüllen müssen, damit Inklusion funktioniert.

4 Fazit

Seit der UN-Behindertenrechtskonvention ist das Wort Inklusion in der Gesellschaft praktisch „neu“ etabliert worden. Erst mit den Jahren und dem entwickelten Verständnis hat sich unsere Gesellschaft der Inklusion gestellt und wird sich in den nächsten Jahren verstärkt diesem Thema widmen müssen. Ein großer Anfang hat die Sozialpolitik im Schulbereich vorgenommen, denn mit dem neuen Schulgesetz zum 01.08.2015 wurde der Inklusionsgedanke bestärkt. Aktuell sind die Zahlen von sehbehinderten- und blinden Kindern an allgemeinen Schulen in Baden-Württemberg noch sehr niedrig.

Mit dem neuen Schulgesetz gehen einige Diskussionen und Kenntnisse einher, die somit ein Spannungsfeld darstellen. Durch die UN-Behindertenrechtskonvention sind die Länder dazu verpflichtet ein inklusives Bildungssystem zu schaffen. Das bedeutet, dass allgemeine Schulen eine gleichwertige, notwendige Förderung, wie sie an einem SBBZ vorhanden ist, gewährleisten müssen. Diese Entwicklung braucht allerdings noch viel Zeit. Aber in die Zukunft gesehen, können Eltern mit ihrem Wahlrecht auf inklusive Bildung plädieren. Somit ist kritisch zu betrachten, ob die Entwicklung der Inklusion im schlimmsten Fall zur Schließung von Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren führt. Die daraus resultierende umfängliche Inklusion an allgemeinen Schulen ist aber laut den Ergebnissen der schriftlichen Umfrage nicht gewünscht. Die Antworten der Umfrage geben Aufschluss darüber, dass sich viele Schülerinnen und Schüler keine ideale Inklusionsschule vorstellen können, da sie an ihrem SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen vollste Zufriedenheit zeigen. Demnach wird anhand der Umfrage ein SBBZ nach wie vor gebraucht und gewollt. Die eingangs gestellte Hypothese „nicht für alle blinden und sehbehinderten Schülerinnen und Schüler ist Inklusion die beste und geeignete Lösung“ lässt sich somit bestätigen. Inklusion soll eine Bewegung darstellen, die eine Teilhabe möglich machen kann, aber nicht muss. Das Schulgesetz gibt somit das Wahlrecht her zu entscheiden, ob inklusive Bildung – oder ein SBBZ die beste Option wäre. Zahlreiche schriftliche

Antworten der Umfrage geben Auskunft darüber, dass Inklusion an allgemeinen Schulen bei den Betroffenen gescheitert ist und sie sich deshalb als Quereinsteiger für ein SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen entschieden haben. Deshalb teile ich die Anregung der Bundesregierung im Aktionsplan 2.0 nicht Sonderschulsysteme⁵¹ abzubauen. Diesbezüglich ist auch die UN-BRK kritisch zu betrachten, die darauf abzielt generell Sondersysteme abzuschaffen. Für betroffene Menschen mit Behinderung sind genau diese Sondersysteme hilfreich. Nicht alle Menschen mit Behinderung können außerhalb eines Sondersystems, in einer Inklusion, leben. Das bedeutet nicht, dass Inklusion nicht vorangetrieben und umgesetzt werden soll, sondern dass Inklusion seine Grenzen hat. Das Ziel zur ganzheitlichen Inklusion ist richtig und wichtig, doch es soll keine Verpflichtung darstellen, da Sondersysteme von Betroffenen weiterhin gewünscht sind. Das mündliche Interview hat gezeigt, dass Inklusion durchaus positiv zu bewerten ist. Somit wird auch hier die Hypothese bestätigt, dass Inklusion nicht für jeden, aber für manche, die beste und geeignete Lösung ist.

Da ich beide Beschulungswege erlebt habe, habe ich zum Spannungsfeld Inklusion und SBBZ eine ganz persönliche Meinung. Die Zeit an der allgemeinen Schule hat mich sehr viel Kraft, Zeit, Energie und Frust gekostet. Die fehlende Akzeptanz meines schulischen Umfelds und das fehlende Verständnis für mein Handicap führten zu Mobbingaktionen, worunter ich sehr gelitten habe. Deshalb war der Gedanke, das Abitur an einer allgemeinen Schule zu absolvieren, mehr als anstrengend. Aus diesen Gründen habe ich mich zum weiteren Bildungsabschluss für das SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen in Marburg entschieden, obwohl ich mit meiner Heimat und der Familie sehr verwurzelt bin. Mit anderen blinden- und sehbehinderten Schülerinnen und Schüler gemeinsam zu lernen und zu wohnen war eine Erfahrung, die ich nicht missen möchte. Die Akzeptanz,

⁵¹ Die Bundesregierung spricht im Allgemeinen von Förderschulsystemen – in Baden-Württemberg sind damit Sonderschulsysteme gemeint. (Förderschulen tragen in unserem Bundesland eine andere Bedeutung).

das Verständnis und der Umgang zwischen Lehrkräften, Sozialpädagogen und Schülerinnen und Schüler haben mich bereichert. Ferner wurde mir die Möglichkeit gegeben, eine individuell angepasste Lebensgestaltung mit vielen Freiheitschancen kennenzulernen. Diese Chancen gestalteten sich über geschultes Fachpersonal in Schul- und Freizeitangelegenheiten, der gut ausgestatteten Infrastruktur, weniger Zeitaufwand aufgrund technischer Ausstattung sowie bekannte Wegstrecken aufgrund Mobilitätstraining usw. Zusätzlich haben häusliche Aufgaben in Wohngruppen zur Autonomieförderung beigetragen, da diese auf ein eigenständiges Leben und somit auf eine frühe Selbständigkeit vorbereitet haben. Somit habe ich nicht „nur“ auf das Abitur hin, sondern auch fürs Leben gelernt, wodurch sich meine Persönlichkeit weiterentwickeln konnte. Daher bin ich davon überzeugt, dass Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren deshalb so wichtig sind, da sie weit über den schulischen Aspekt hinaus Fördermaßnahmen anbieten, die zur Lebensbewältigung maßgebend sind.

Da dieses Angebot weiterhin Anerkennung finden muss, ist das Wahlrecht der Eltern bedeutend. Denn nur die Eltern kennen ihr Kind so gut, um die richtige Entscheidung für das Kind zu treffen.

Nicht zu vergessen ist, dass Inklusion heute aufgrund des Gesetzes wahrscheinlich ernsthafter praktiziert wird, als ich es damals erlebt habe (siehe mündliches Interview).

Der aktuell geltende Bildungsplan für blinde- und sehbehinderte Schülerinnen und Schüler beinhaltet z. B. Wahrnehmung und Lernen, Methodenkompetenz, Kommunikation, Identität und Umgang mit anderen, Lebenspraxis, Bewegung, Orientierung und Mobilität, Lebensentwürfe und Lebensplanung. Diese Themenbereiche hätte ich damals auf der allgemeinen Schule zusätzlich zum allgemein geltenden Bildungsplan erlernen müssen. Diese Anforderung ist in meinen Augen kaum umsetzbar, da man als Kind eine solche Herausforderung nur an einem SBBZ stemmen kann, da dort andere Maßstäbe in zeitlichem und fachlichem Umfang gegeben sind.

Demnach bin ich der Meinung, dass es bei der Entscheidung nicht darauf an kommt, den gewählten Bildungsweg als richtig oder falsch anzusehen, sondern ob die Entscheidung mit dem Individuum der betroffenen Person übereinstimmt.

Der Aktionsplan der Bundesregierung, zeigt auch, dass Inklusion in weit- aus mehreren Bereichen umsetzbar und notwendig ist, wie z.B. der Mobili- tät, der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe, älteren Menschen, frühkindliche Erziehung und Bildung, Frauen, Prävention, Rehabilitation, Gesundheit und Pflege, Kinder, Jugendliche, Familie und Partnerschaft etc. Deshalb ist Inklusion weitläufiger zu betrachten, da sie mittlerweile auch schon auf Menschen ohne Behinderung ausgerichtet ist, betrachtet man beispielsweise aktuell unsere Flüchtlingsaufnahme. Dies zeigt, dass Inklusion mehr als nur auf Schulen, mehr als nur bezogen auf Menschen mit Handicap ausgerichtet sein kann.

Die Ausführung des Inklusionsgedankens ist ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag, der sich durch alle Ebenen zieht und nur im gemeinschaftlichen Handeln aller Akteure erreichbar ist. Die Auseinandersetzung mit dem Thema Inklusion zeigt, dass unsere Gesellschaft in vielen weiteren Ebe- nen auf einem guten Weg der Umsetzung ist. Dennoch ist Inklusion als jahrelanger Prozess zu sehen, in dem jeder von uns dazu aufgefordert ist, klare Ergebnisse und Verwirklichungen umzusetzen.

Literaturverzeichnis

Aichele, Valentin: Ein Beitrag zur Ratifikationsdebatte, in: Deutsches Institut für Menschenrechte: Die UN-Behindertenrechtskonvention und ihr Fakultativprotokoll, 2008, S. 3 – 15

[http://www.institut-fuer-](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/uploads/tx_commerce/policy_paper_9_die_un_behindertenrechtskonvention_und_ihr_fakultativprotokoll.pdf)

[menschenrechte.de/uploads/tx_commerce/policy_paper_9_die_un_behindertenrechtskonvention_und_ihr_fakultativprotokoll.pdf](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/uploads/tx_commerce/policy_paper_9_die_un_behindertenrechtskonvention_und_ihr_fakultativprotokoll.pdf) [17.02.2017] (zitiert als Vgl. Aichele, Valentin, Die UN-BRK und ihr Fakultativprotokoll S. 5.)

Aktion Mensch: Was ist Inklusion; <https://www.aktion-mensch.de/themen-informieren-und-diskutieren/was-ist-inklusion.html> [09.02.2017],
https://www.youtube.com/watch?v=COJyb3D_JjA [09.02.2017]
(zitiert als Vgl. Aktion Mensch, Inklusion)

Albers, Timm: Mittendrin statt nur dabei – Inklusion in Krippe und Kindergarten, 2. Auflage, 2012

Beck, Franz-Josef: Lesen sehbehinderter Schülerinnen und Schüler Diagnostik und Förderung, 1. Auflage, 2014

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Hamburg: Aufbau und wesentliche Inhalte der Konvention, in: Freie und Hansestadt Hamburg Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (Hrsg.), UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen Text und Erläuterung, 2013, S. 12 – 17

Bentele, Verena: Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung, in: Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen (Hrsg.), Die UN-Behindertenrechtskonvention Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, 2014, S. 3 – 74

Bildungsplan 2011: Schule für Blinde und Schule für Sehbehinderte;
http://www.bildung-staerkt-menschen.de/service/downloads/Bildungsplaene/SoSch/BP_BliSeh_2011.pdf [15.03.2017] (zitiert als Vgl. Bildungsplan 2011 Schule für Blinde und Schule für Sehbehinderte, S. 10 und 11.)

Blindenschule Lebach: Sehschädigung – Definition und Fakten;
<http://www.blindenschule-lebach.de/lowvision/fakten.html> [07.03.2017]
(zitiert als Vgl. Blindenschule Lebach, Sehschädigung – Definition und Fakten.)

Blinden- und Sehbehindertenverband Südbaden: Definition von Blindheit, Sehbehinderung, und hochgradiger Sehbehinderung;
<http://www.bsvsb.org/index.php/definition-sehbehindert.html> [07.03.2017],
<http://www.blindenschule-lebach.de/lowvision/fakten.html> [07.03.2017]
(zitiert als Vgl. Blinden- und Sehbehindertenverein Südbaden, Definition Blindheit und Sehbehinderung.)

Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Aktionsplan 2.0 2016;
http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Schwerpunkte/inklusion-nationaler-aktionsplan-2.pdf?jsessionid=4320C44AB8F826244475971C454F579D?__blob=publicationFile&v=4 [02.02.2017] (zitiert als Vgl. Aktionsplan der Bundesregierung 2016 2.0, S. 55.)

Duden, Bibliographisches Institut, Berlin; Auflage: 26. Auflage (4. Juli 2013)

Erhardt Klaudia, Grüber, Katrin: Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung am Leben in der Kommune, 1. Auflage, 2011

Hinz, Andreas: Inklusive Pädagogik in der Schule – veränderter Orientierungsrahmen für die schulische Sonderpädagogik?! Oder doch deren Ende??, in: Zeitschrift für Heilpädagogik 5, 2009, 171 - 179

Hofer, Ursula/Lang, Markus/Beyer, Friederike: Didaktik des Unterrichts mit blinden und hochgradig sehbehinderten Schülerinnen und Schülern Band 1, 1. Auflage, 2008

Höchst Thomas, Masyk Thomas: Inklusion ist möglich! Erfahrungen und praktische Unterrichtsbeispiele aus dem Schulalltag einer inklusiven Gesamtschule, 1. Auflage, 2013 (ebook)

Hudelmayer, Dieter: Integration in die Regelschule – eine Möglichkeit der Erziehung auch für blinde und sehbehinderte Kinder und Jugendliche in der Bundesrepublik Deutschland? (1978), in: Degenhardt, Sven/Rath, Waldtraut (Hrsg.): Blinden- und Sehbehindertenpädagogik – Band 2 der „Studientexte zur Geschichte der Behindertenpädagogik“, 2001, S. 189 – 191

Kobi, Erich: Was bedeutet Integration? Analyse eines Begriffs, in: Eberwein, H., (Hrsg.): Handbuch Integrationspädagogik. Kinder mit und ohne Behinderung lernen gemeinsam, 5. Auflage, 1997, S. 71 – 79

Landesrecht BW Bürgerservice: §15 Schulgesetz;

[http://www.landesrecht-](http://www.landesrecht-bw.de/jportal/?quelle=jlink&query=SchulG+BW+%C2%A7+15&psml=bsba)

[bw.de/jportal/?quelle=jlink&query=SchulG+BW+%C2%A7+15&psml=bsba](http://www.landesrecht-bw.de/jportal/?quelle=jlink&query=SchulG+BW+%C2%A7+15&psml=bsba)
wueprod.psml&max=true [10.02.2017] (zitiert als Vgl. §15 Abs. 1 und 2 SchG.)

Landesbildungsserver Baden-Württemberg: Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum mit dem Förderschwerpunkt Sehen; <http://www.schule-bw.de/schularten/sonderschulen/sonderschultypen/blinde/index.html> [09.03.2017] (zitiert als Vgl. Landesbildungsserver Baden-Württemberg – SBBZ Sehen.)

Landesbildungsserver Baden-Württemberg: Bildung stärkt Menschen – Bildungspläne SBBZ Sehen: <http://www.bildung-staerkt-menschen.de/unterstuetzung/schularten/SoS/SfSB> [15.03.2017] (zitiert als Vgl. Bildung stärkt Menschen – SBBZ Sehen.)

Landtag von Baden-Württemberg: Gesetzesentwurf der Landesregierung; Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg und anderer Vorschriften, 15. Wahlperiode, Drucksache 15/6963, 09.06.2015 https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP15/Drucksachen/6000/15_6963_D.pdf [04.03.2017] (zitiert als Vgl. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg – FAQ Inklusion i.V.m. Gesetzentwurf SchG Baden-Württemberg.)

Leidmedien: Inklusion – was heißt das?; <http://leidmedien.de/sprache-kultur-und-politik/inklusion-was-heisst-das/> [09.02.2017] (zitiert als Vgl. Leidmedien, Inklusion – was heißt das)

Mersi, Franz/Schindele, Rudolf: Überlegungen zur Entwicklung eines flexiblen Bildungssystems für Sehbehinderte in der Bundesrepublik Deutschland (1975), in: Degenhardt, Sven/Rath, Waldtraut (Hrsg.): Blinden- und Sehbehindertenpädagogik – Band 2 der „Studentexte zur Geschichte der Behindertenpädagogik“, 2001, S. 181 – 188

Metzger, Klaus/Weigl, Erich (Hrsg.): Inklusion – praxisorientiert, 1. Auflage, 2012

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg: Konzept / Allgemeines;

http://www.km-bw.de/Lde/Startseite/Schule/Konzept+_+Allgemeines
[10.02.2017] (zitiert als Vgl. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg – Konzept Sonderpädagogische Bildung.)

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg: Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum; http://www.km-bw.de/Lde/Startseite/Schule/Sonderpaedagogische+Bildungs_+und+Bera
tungscentren [10.02.2017] (zitiert als Vgl. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg – SBBZ.)

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg: Inklusion; <http://www.km-bw.de/Lde/Startseite/Themen/Inklusion> [15.02.2017]
(zitiert als Vgl. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg – Inklusion.)

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg: FAQ Inklusion;
http://www.km-bw.de/site/pbs-bw-new/get/documents/KULTUS.Dachmandant/KULTUS/KM-Homepage/Startseite%202015/FAQ_Inklusion.pdf [27.02.2017] (zitiert als Vgl. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg – FAQ Inklusion.)

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg: SBBZ mit Förderschwerpunkt Sehen;
<http://www.km-bw.de/Len/Startseite/Schule/Foerderschwerpunkt+Sehen>
[23.02.2017] (zitiert als Vgl. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg – Förderschwerpunkt Sehen.)

Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Empfehlungen zum Förderschwerpunkt Sehen, Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 20.03.1998; http://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/1998/1998_03_20-FS-Sehen.pdf [09.03.2017] (zitiert als Vgl. Kultusministerkonferenz 1998 Empfehlung zum Förderschwerpunkt Sehen.)

Staatliches Schulamt, Offenburg – weiße Literatur

Sulzer, Annika: Inklusion als Werterahmen für Bildungsgerechtigkeit, in: Wagner, Petra (Hrsg.): Handbuch Inklusion, 2013, S. 12 – 21

Textor, Annette: Einführung in die Inklusionspädagogik, 1. Auflage, 2015

UN-Behindertenrechtskonvention: Inklusion;
<https://www.behindertenrechtskonvention.info/inklusion-3693/> [14.02.2017]
(zitiert als Vgl. UN-Behindertenrechtskonvention, Teilhabe.)

Verordnung des Kultusministeriums über die Feststellung und Erfüllung des Anspruchs auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot:
SBA-VO;
<http://www.lag-bw.de/PDF2016/Verordnung%20ueber%20sonderpaedagogische%20Bildungsangebote%20vom%208.%20Maerz%202016.pdf> [27.02.2017]
(zitiert als Vgl. Verordnung des Kultusministeriums über die Feststellung und Erfüllung des Anspruchs auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot.)

Erklärung des Verfassers

Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus anderen Quellen direkt oder indirekt übernommenen Daten und Konzepte sind unter Angabe der Quelle gekennzeichnet.

Es ist mir bekannt, dass die Arbeit mit einer Plagiaterkennungssoftware auf nicht gekennzeichnete Übernahme fremden geistigen Eigentums überprüft werden kann.

Datum

Unterschrift